

Wortlautprotokoll des Grossen Rates des Kantons Graubünden

Montag, 17. Oktober 2011 Eröffnungssitzung

Vorsitz:	Standespräsident Ueli Bleiker
Protokollführer:	Domenic Gross
Präsenz:	anwesend 118 Mitglieder entschuldigt: Koch (Igis), Noi-Togni
Sitzungsbeginn:	14.00 Uhr

Eröffnungsansprache

Standespräsident Bleiker: Sehr geehrte Regierungsmitglieder, liebe Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Medienvertreter und Gäste. Vorerst freue ich mich, Sie alle gesund und munter und wie ich annehme nach diesen goldenen Herbsttagen auch voller Energie und Tatendrang zu dieser Session begrüßen zu können. Wir Menschen verfügen über die besondere Gabe, solch schöne Bilder und Eindrücke, wie wir sie in den letzten Wochen wettermässig sammeln konnten, sowohl in meteorologisch als auch in stimmungsmässig dunkleren Zeiten wieder aus unserem Gedächtnis abrufen zu können und uns dadurch wieder aufzubauen.

Nicht dass Sie jetzt meinen, ich hätte wegen der Session ein stimmungsmässiges Tief. Aber wenn ich mir persönlich diesen Herbst in Erinnerung rufe, dann tauchen nebst goldenen Bildern und schönen Erinnerungen unerklärlicherweise auch immer wieder sehr viele Köpfe auf, die ich zum Teil kaum kenne. Sie sind alle äusserst freundlich, gut gestylt, lächeln mir von Plakatwänden, von Prospekten, aus Zeitungen, aus den elektronischen Medien, aus dem Internet oder gar aus pseudopersonlichen Briefen oder anderen Werbemitteln entgegen. Und was mich etwas irritiert, sie versprechen mir alle zumindest einen Teil des Blauen vom Himmel.

Ach klar, Sie wissen es, es stehen ja am nächsten Wochenende Wahlen an. Eine Frage dazu: Haben Sie in den vielen Unterlagen auch das Kleingedruckte oder vielleicht besser gesagt, das eben nicht Gedruckte, das zwischen den Zeilen, gelesen? Ich meine, ich habe es. Da wird doch tatsächlich in vielen Botschaften wieder einmal die ganze Verantwortung auf die stimmberechtigte Bevölkerung abgeschoben. Diese soll dann nämlich, so wird weisgemacht, die Verantwortung tragen, wenn es nicht so herauskommt wie versprochen. Dann sind vermutlich die falschen Listen oder die falschen Personen oder dann ist eben gar nicht gewählt worden.

Aber ich muss Ihnen gestehen, diese Verantwortung nehme ich gerne auf mich, denn die Stimm- und Wahlfreiheit, wie wir sie hier bei uns in der Schweiz haben, ist eine der Errungenschaften unserer Demokratie, um die

uns viele beneiden. Und daher müssen wir diese Verantwortung wahrnehmen oder wie es der Chefredaktor einer bündnerischen Zeitung am letzten Donnerstag treffend formuliert hat: „Man wähle oder schweige für vier Jahre“. Demokratie, gemäss Wikipedia aus dem griechischen abgeleitet, bedeutet, Zitat: „Das Ideal einer durch die Zustimmung der Mehrheit der Bürger und die Beteiligung der Bürger legitimierten Regierungsform, die Volksherrschaft.“, Zitat Ende. Daraus schliesse ich wie gesagt, dass die Verantwortung letztendlich bei den Bürgerinnen und Bürgern, oder wie es gewisse Kreise auch gerne ausdrücken, beim Volk liegt.

Nur ist das leider nicht immer ganz so einfach. Tatsache ist auf jeden Fall, dass wir gewählte Politikerinnen und Politiker auf allen Ebenen vom Stimmvolk beauftragt sind, von diesem gefällte Entscheidung umzusetzen oder in uns zugewiesenen Aufgabenbereichen auch solche zutreffen. Diese Aufgaben müssen wir wahrnehmen, egal ob sie uns leicht fallen oder nicht, egal, ob wir damit irgendjemandem auf die Füsse treten könnten oder nicht und auch egal, ob vielleicht gerade Wahlen anstehen oder nicht. Wenn wir uns vor diesen Entscheidungen unter diesen Gesichtspunkten drücken oder wenn wir diese solange hin- und her schieben, bis sie sich von selbst erledigt haben, sind wir, und da spreche ich jetzt sowohl von Exekutiv- als auch von Legislativmitgliedern, dann sind wir definitiv am falschen Platz.

Die Instrumente unserer demokratischen Staatsform bieten jedoch auch andere Möglichkeiten und Wege, heikle Entscheidungen ganz legal zu verzögern, bis vielleicht die nächsten Wahlen vorbei sind, nach unten oder oben zu delegieren, um sich unbefleckt zu halten oder auch an den eigentlich zuständigen Ebenen vorbeizuschmuggeln, wenn vielleicht der Ausgang dort nicht ganz nach den eigenen Vorstellungen ausfallen könnte. In diesem ganzen Kontext kommt mir spontan nicht nur der Kampfjet-Entscheid der eidgenössischen Räte in den Sinn. Da könnte ich Ihnen auch auf kantonaler Ebene einige Beispiele aufzählen.

Zur Demokratie oder besser ausgedrückt zu demokratischen Auseinandersetzungen gehören für mich persönlich jedoch auch noch andere Punkte. Da ist einmal die

Verpflichtung, im Entscheidungsprozess alle betroffenen Kreise miteinzubeziehen, egal, ob deren Meinung noch so kontrovers und für mich persönlich vielleicht absolut neben den Schuhen ist. Und daraus folgend die Notwendigkeit, sich zusammen an einen Tisch zu setzen und gemeinsam nach einer für alle Kreise einigermaßen tragbaren Lösung zu suchen. Zugegeben, das ist nicht immer ganz einfach und die Lösungen sind dann vielleicht so verwässert, dass man sich manchmal aus der eigenen Optik die eher fiktive Staatsform einer Demokratie wünschen würde.

In der Folge gehört dann aber für mich ohne Wenn und Aber auch die Grösse dazu, solchermassen zustande gekommene Entscheide zu akzeptieren und halt vielleicht ein- oder mehrmals leer zu schlucken. Diese Fähigkeit ist in den letzten Jahren leider in vielen Kreisen auf allen Ebenen etwas verloren gegangen. Da werden Volksentscheide, also Mehrheitsentscheide der demokratischen Basis, kaum haben sie Rechtskraft erlangt, hinterfragt, es wird dagegen Stimmung gemacht und mit allen Mitteln neuerliche Abstimmungen angestrebt. Von Parlamentsentscheiden ganz zu schweigen. Verstehen Sie mich richtig: Das ist in unserer Demokratie zusammen mit der Meinungsäusserungsfreiheit das Recht jeder Person. Was mich jedoch stört an der ganzen Sache ist, dass die Initianten solcher Aktionen ungeachtet des politischen Lagers, nicht selten auch unterlegene Parlamentarierinnen oder Parlamentarier sind, welche meinen, ihre Sicht der Dinge sei die allein selig machende.

Und vor allem gehört für mich zu den demokratischen Spielregeln unverrückbar die Fairness oder besser ausgedrückt eine gewisse politische Kultur dazu. Persönliche Verunglimpfungen, Beleidigungen, Unterstellungen, ob verbal oder via Medien sowie Sachbeschädigungen jeder Art, wie sie leider in letzter Zeit auch in unserem Kanton vorgekommen sind, haben in diesen Auseinandersetzungen, ungeachtet ob Wahlkampf oder nicht und ungeachtet der politischen Ausrichtung, gar nichts verloren. Solche Aktionen sind in aller Schärfe zu verurteilen und diese Akteure fallen für mich schon beinahe in die gleiche Kategorie, wie die Petardenwerfer bei Fussballspielen. Auch sie wollen nämlich vor allem provozieren. Denen fehlt schlichtweg eine gewisse, vermutlich nicht eben nur politische, Kultur.

In dieser Beziehung ist es mir jedoch ein Bedürfnis, Ihnen geschätzte Kolleginnen und Kollegen, aus Überzeugung ein grosses Kompliment zu machen. Ich bin nun doch auch schon einige Jahre in diesem Parlament und habe immer wieder festgestellt, dass wir uns hier in diesem Saal von diesen Tendenzen, selbst in hektischen Zeiten, nie haben anstecken lassen. Oder in diesem zurzeit so populären Finanzjargon ausgedrückt, sie verdienen ein Triple A. Möge das auch in Zukunft so bleiben. In diesem Sinne erkläre ich die Session für eröffnet und wir schreiten zu den ordentlichen Traktanden.

Vereidigung erstmals anwesender Stellvertreterinnen/Stellvertreter

Standespräsident Bleiker: Wir kommen zum ersten Traktandum und das ist die Vereidigung erstmals anwesender Stellvertreter. Darf ich die betroffenen Personen bitten, nach vorne zu treten? Gleichzeitig möchte ich Sie und die Gäste auf der Tribüne bitten, sich von den Sitzen zu erheben. Gehe ich richtig in der Annahme, dass Sie alle den Eid ablegen wollen? Ich lese Ihnen die Formel des Eides vor. Diese lautet: „Sie als gewählte Mitglieder des Grossen Rates schwören zu Gott, alle Pflichten Ihres Amtes nach bestem Wissen und Gewissen zu erfüllen.“ Wenn Sie damit einverstanden sind, bitte ich Sie, die Schwurfinger der rechten Hand zu erheben und mir die Worte „Ich schwöre es“ nachzusprechen.

Ratsmitglieder: Ich schwöre es.

Standespräsident Bleiker: Besten Dank. Sie können sich setzen. Wir kommen somit zum ersten Sachgeschäft. Dabei handelt es sich um die Vorlage für das Verwaltungszentrum Projekt „sinergia“. Ich gebe dazu dem Kommissionspräsidenten, Grossrat Casty, das Wort.

Verwaltungszentrum - Projekt «sinergia» (Botschaften Heft Nr. 5/2011-2012, S. 613)

Eintreten

Antrag Kommission und Regierung
Eintreten

Casty; Kommissionspräsident: Der Rat hat in der Junisession 2008 vom Bericht über das Regierungsprogramm und dem Finanzplan 2009 bis 2012 Kenntnis genommen. Darin formulierte bekanntlich die Regierung die Zielsetzungen der kantonalen Immobilienstrategie mit der Bildung von regionalen Verwaltungszentren an den Standorten Küblis, Scuol, Davos, Samedan, Poschiavo und Chur. Ebenfalls fand diese Strategie Eingang im Entwicklungsschwerpunkt, Immobilien ES 6/19. Der Kanton setzt darin auf starke, regionale Zentren. So soll auch in Chur ein Grossteil der kantonalen Verwaltung in einem Neubau für 725 Arbeitsplätze zusammengefasst werden. Daraufhin hat die Regierung uns einen Bericht in der Dezembersession 2009 über den Standort Chur vorgelegt. Wir konnten über die drei Varianten entscheiden. Erstens: Beibehaltung der Situation mit punktuellen Optimierungen. Zweitens: Der modularen Überbauung nach Prioritäten und drittens: Dem Projekt „sinergia“ mit einem Verwaltungszentrum an der Ring- und Salvatorenstrasse in Chur. Mit grossem Mehr hat sich der Rat für die Weiterverfolgung des Projektes „sinergia“ ausgesprochen, jedoch mit der Auflage, einer Realisierung im Sinne einer verträglichen Umsetzung, der zur verlagerten Arbeitsplätze von der Innenstadt an den wirtschaftlichen Entwicklungsstandort Chur West. Das Projekt

wurde im Sinne der Erwägungen unseres Rates weiterentwickelt.

Die Regierung beantragt uns nun, in der vorliegenden Botschaft, einen ersten Verpflichtungskredit, erste Bauetappe des Projektes „sinergia“ in der Höhe von 69 Millionen Franken zu Händen der Volksabstimmung zu genehmigen. In dieser ersten Bauetappe würden 400 Arbeitsplätze neu entstehen. Die zweite Bauetappe, für weitere 375 Arbeitsplätze und Kosten von 44 Millionen Franken würden dann in einem späteren Zeitpunkt in einer separaten Botschaft beantragt. Die Gesamtinvestitionen für beide Bauetappen sind mit 112 Millionen Franken veranschlagt.

Nun zur Ausgangslage: Heute ist die kantonale Verwaltung am Standort Chur in 44 Liegenschaften untergebracht. Diese Liegenschaften sind zum grössten Teil umgenutzte Altwohngebäude mit nichtoptimaler Raumeinteilung und Raumnutzung. Neuzeitliche Betriebsabläufe innerhalb der Dienststellen und den Departementen kann in diesen Liegenschaften nicht umgesetzt werden. Auch die heute, für eine effiziente Führung einer Verwaltung notwendigen Infrastruktureinrichtungen könnten nur mit einem unverhältnismässig hohen, finanziellen Aufwand zur Verfügung gestellt werden. Die Sanierung der bestehenden Liegenschaften sei sehr aufwendig und würde ebenfalls Millionen kosten. Für die Mietliegenschaft, Gürtelstrasse 89, mit 69 Arbeitsplätzen, muss in nächster Frist Ersatz gefunden werden, da der heutige Besitzer eine Überbauung realisieren will. Weiter muss für das kantonale Labor ein neuer Standort gefunden werden. Die Regierung verspricht sich von der Umsetzung der Immobilienstrategie am Standort Chur mit dem neuen Verwaltungszentrums „sinergia“ eine nachhaltige Investition, verbunden mit einer entsprechenden, räumlichen Synergie-Nutzung, welche zu einer Nutzungsflächenreduktion führen soll. Weiter soll eine Arbeitsprozessablaufoptimierung eine Raum- und Nutzungsflexibilität, ein Dienstleistungsangebot unter einem Dach, verbunden mit einer bürgerfreundlichen, zentralen Anlaufstelle realisiert werden, welche noch zusätzlich eine jährliche Kosteneinsparung im Betriebsaufwand, in der Grössenordnung zwischen 1,2 und 1,9 Millionen Franken erzielen soll.

Die vorberatende Kommission ist anlässlich ihrer Sitzung vom 29. September 2011 einstimmig auf das Geschäft eingetreten. In der kontraversgeführten Diskussion wurden dabei die Vor- und Nachteile beleuchtet. Zusammenfassend möchte ich diese wie folgt darstellen: Unbestritten war, dass die Arbeitsplatzsituation und die damit verbundenen Arbeitsablaufprozesse verbessert werden sollten. Kein Konsens konnte im Bereich der Gewichtung, der durch die Verlagerung der Arbeitsplätze entstehenden Büroleerbestände in der Innenstadt und die damit verbundene Schwächung des Gewerbes im Allgemeinen und der Gastronomie im Speziellen gefunden werden. Auch die, durch die Verlagerung der Arbeitsplätze entstehende zusätzliche Verkehrsbelastung in Chur West, welche heute schon prekär sei, könne nicht verantwortet werden. In Frage gestellt wurden weiter die Wirtschaftlichkeitsberechnungen, welche nicht nach der zukünftigen Rechnungslegung, HRM2, aufgebaut seien. Hauptsächlich die vorgenommene Bewertung des Bau-

landes, verfälsche die vorliegenden Berechnungen. Dazu hat die Kommission vom Department weitere Berechnungen zu den wirtschaftlichen Auswirkungen mit der zukünftigen Rechnungslegung HRM2 erarbeitet und der Kommission nach der Beratung zugestellt. Die prognostizierten jährlichen Einsparungen von gegen zwei Millionen Franken wurden und werden immer noch in Frage gestellt. Bemängelt wurde in diesem Zusammenhang, dass Aussagen über die finanziellen Auswirkungen, Einsparungen mit den vermeintlich zu erzielenden Synergien im Betrieb in der Botschaft, fehlten. So stehen Mehr- und Minderheitsanträge gemäss Kommissionsprotokoll zur Debatte.

Meine Damen und Herren: Mit Berechnungen verhält es sich so, wie bei der Interpretation von Statistiken. Je nachdem welchen Blickwinkel man ansetzt, respektive auch des Resultats wegen auch will, können andere Auslegungen und Argumente ins Feld geführt werden. Es geht hier um die Umsetzung, der von unserem Rate mehrmals gutgeheissenen Immobilienstrategie. Wir verlangen von der Regierung, dass sie nach unternehmerischen Gesichtspunkten effizient führt, dass sie eine sinnvolle Immobilienbewirtschaftung betreibt und dass sie ihre von uns zur Verfügung gestellten Ressourcen richtig einsetzt. Diese Zielsetzungen kann die Regierung jedoch nur erreichen, wenn wir ihr die dazu notwendigen räumlichen Voraussetzungen mit der dringend notwendigen Zusammenlegung der Verwaltung auch schaffen. Es kann doch nicht sein, dass in den nächsten Jahren, ja für die nächsten Generationen, die kantonale Verwaltung weiterhin in über 40 Liegenschaften verstreut arbeitet. Die EDV-Vernetzung genügt alleine nicht, sondern für eine moderne Firmenführung braucht es zwischenmenschliche Kontakte. Ja man muss einander auch in die Augen schauen können. Auch das gehört zur modernen Firmenkommunikation. Da kann die Argumentation, das Überleben der Innenstadt, sei durch die Verlegung von 400 Arbeitsplätzen gefährdet und der Verkehr vor Ort sei nicht mehr „handlebar“, nicht genügen. Diese Verlegung ermöglicht Chancen für eine kreative Weiterentwicklung der Innenstadt. Neue Wohn- und Gewerbeflächen führen zu einer zusätzlichen Belebung und zur Generierung von zusätzlichen Steuereinnahmen. Es ist also für alle Betroffenen, sei es für den Kanton als Ganzes, für die Mitarbeiter und auch die Mieter eine nachhaltige, positive Investition.

Die Kommission beantragt Ihnen, sehr geehrte Damen und Herren, einstimmig auf die Vorlage einzutreten. Aufgrund der Aktenlage, die zusätzlich der Kommission zur Verfügung gestellt wurde, sind einzelne Kommissionsmitglieder auf mich zugekommen. Es konnte aber heute über Mittag keine Kommissionssitzung mehr stattfinden. Diese Kommissionsmitglieder möchten, nach gehabter Diskussion allenfalls das Geschäft der Kommission zurückweisen, da für sie die Unterlagen, die nachgereicht wurden, zu zusätzlicher Verwirrung geführt hat im Bereich der Wirtschaftlichkeitsberechnung. Ich werde mir also vorbehalten, wenn wir in die Detailberatung gehen, allenfalls das Geschäft in die Kommission zurückzunehmen. Ich bitte Sie aber, im Sinne auch der Kommission, wenn es nochmals in die Kommission

kommt, damit es auch entsprechend bearbeitet werden kann, auf das Geschäft einzutreten.

Tscholl: Dass ich gegen dieses Projekt bin, dürfte bekannt sein. Warum? Es schädigt die Churer Altstadt, ich wiederhole: Es schädigt die Churer Altstadt. Einerseits gehen in der Innenstadt Arbeitsplätze verloren, andererseits wird es leere Büroräumlichkeiten geben. Die Botschaft ist eine Schönwetterbotschaft oder mit anderen Worten: Sie ist geschönt. Oder um es auch anders auszudrücken: Der Regierungsrat versucht dem Grossen Rat und dem bündner Stimmvolk Sand in die Augen zu streuen. Das begründe ich mit folgenden Aussagen. Seite 629, ich zitiere: „Die Investitionen für den Neubau inklusive Grundstück betragen 69 Millionen, dem stehen 21 Millionen Ertrag aus dem Verkauf der eigenen Liegenschaften zur Verfügung.“ Der Verkauf von Liegenschaften hat mit der Neuinvestition überhaupt nichts zu tun. Es wird aber suggeriert, die Investitionen betragen nur 48 Millionen. HRM2 lässt grüssen. Auf solche Schlaumeierei ist auch Herr Morandi von der Südostschweiz in seinem Beitrag in der Ausgabe vom 10.10.2011 hereingefallen. Seite 618, ich zitiere: „Mit der ersten Etappe werden lediglich 400 der gesamthaft 25'000 Arbeitsplätzen der Stadt Chur in ein anderes Stadtgebiet verlegt. Dies entspricht einer Quote von bloss 1,6%.“ Ende des Zitats. Ein Vergleich, der absolut daneben liegt. Die 400 Arbeitsplätze sind den Arbeitsplätzen in der Innenstadt gegenüberzustellen. Das ergibt mindestens eine zweistellige Prozentzahl. Stellen Sie sich einmal vor, in einem Gebiet Landquart oder Domat-Ems werden 400 Arbeitsplätze aus dem Dorf verlegt. In der ganzen Botschaft wird von Effizienzsteigerung gesprochen. Zu einem allfälligen Stellenabbau wurde nach Äusserung von Regierungsrat Cavigelli in der Kommissionssitzung noch nichts Konkretes studiert. Beim Reinigungspersonal sei dies aber möglich. Seite 632. Die Regierung rechnet mit Einsparungen bei den Betriebskosten von 1,2 Millionen Franken. An sich ein schöner Betrag, aber die Aussage ist nicht einmal das Papier wert auf dem es steht. Ich nehme nur die Kapitalkosten. Ich zitiere: „Die Kapitalkosten: Die jährlichen Kosten für Verzinsung und Amortisation drei Prozent auf die Hälfte des investierten Kapitals, eine Million Franken.“ Ich frage Sie, haben Sie versucht diese Zahl nachzurechnen? Ich schon, aber ich bin zu keinem Resultat gekommen. An der Kommissionssitzung wurde dann auf Anfrage von mir ausgeführt, dass nach 40 Jahren ein Restwert der Gebäudeanlagekosten von 75 Prozent angenommen wird, also nur 25 Prozent abgeschrieben werden und ein Zins von 2,5 Prozent auf dem halben Kapital berechnet werde. Der geneigte Zuhörer kann sich da schon Gedanken machen wie das stimmen kann. Man schreibt also nur 25 Prozent ab, verzinst aber im Durchschnitt nur den halben Kapitaleinsatz. Und um das Ganze noch unklarer zu machen: Das Grundstück von 17'841 Quadratmeter wird mit 280 Franken je Quadratmeter eingesetzt. Das Kantonale Schätzungsamt schätzt aber Grundstücke in dieser Gegend je Quadratmeter mit über 530 Franken. Dies würde einen Bodenwert von circa neun Millionen Franken statt der eingesetzten fünf Millionen ergeben. Zwangsläufig würden dadurch höhere

Zinsen anfallen. Das Land wurde in einem Gegengeschäft mit dem Bund erworben, ob das Land nun in der ZöBA liegt oder nicht hat keinen Einfluss auf den Bodenwert, letztlich müsste der Direktvergleich angestellt werden. Aber ich kann mit diesen fünf Millionen Bodenanteil noch leben. Ich gebe gerne einen gratis Tipp, warum: Auf dem Land ist ja in einer zweiten Phase vorgesehen 270 weitere Arbeitsplätze zu erstellen. Der effektive Landpreis von neun Millionen Franken wäre somit aufzuteilen und für die zweite Etappe für 270 Arbeitsplätze Land auszuscheiden, das wären 3,6 Millionen Franken. Allerdings muss dieser Anteil Land meines Erachtens im Finanzvermögen erfasst werden. Auf diese Idee sind hochbezahlte Spezialisten und Chefbeamte noch nicht gekommen. Regierungsrat Cavigelli hat an der Kommissionssitzung versprochen einen korrigierten Kostenvergleich im Sinne von HRM2 zu liefern. Was uns am 12.10.2011, was jetzt auch Ihnen hier auf den Tisch geliefert wurde, hat nichts im Geringsten mit HRM2 zu tun. Es werden die bisherig gelieferten Zahlen grafisch dargestellt. Weiter zitiere ich aus diesem Papier: „Die Wirtschaftlichkeitsrechnung wurde gemäss SIA 480 als dynamische Wirtschaftlichkeitsrechnung durchgeführt. Bei dieser Methode werden zahlungswirksame Ausgaben und Einnahmen mit einem Kalkulationszinssatz vom Zahlungszeitpunkt auf einen Referenzzeitpunkt abdiskutiert. Diese Methode wird in der Schweiz bei grösseren Investitionen auch ausserhalb der Baubranche häufig angewendet. Unter HRM2 werden Anlagegüter im Verwaltungsvermögen nach Inbetriebnahme linear nach der geschätzten Nutzungsdauer abgeschrieben. Die Abschreibungen sind somit für ein bestimmtes Anlagegut konstant gleich hoch. Am Ende der Abschreibungsdauer beträgt der Wert des Anlagegutes in der Bilanz null Franken, unabhängig davon, ob das Anlagegut noch weiter verwendet werden kann und somit effektiv noch einen Wert aufweist.“ Will man mit diesem Vorgehen bereits das Rechnungsmodell HRM2 aushebeln? Oder sehen Sie in diesen Ausführungen nur ansatzweise einen Ansatz zu HRM2?

Ich muss daraus entnehmen, man will diesen Vergleich nicht, weil er in die Hosen gehen würde. Dazu die folgende Berechnung zu den eingesetzten jährlichen Kosten für Verzinsung und Amortisation von einer Million Franken auf Seite 232. Anlagekosten ohne Boden 64 Millionen Franken, Abschreibung 25 Prozent, das sind 16 Millionen Franken, verteilt auf 40 Jahre ergibt 400'000 Franken pro Jahr. Zinsanlagekosten ohne Boden 64 Millionen, Abschreibungen in 40 Jahren 16 Millionen, man hätte dann ein Restwert von 48 Millionen, die Anlagekosten ohne Boden wären dann 64 Millionen plus 48 Millionen geteilt durch zwei gibt 56 Millionen, dazu den Boden, den man nicht abschreibt, fünf Millionen, gibt 61 Millionen, Zins drei Prozent gibt 1'830'000 Franken jährliche Kosten für Verzinsung und Amortisation, 2'230'000 Franken gemäss Seite 632 im Kostenvergleich eine Million. Zum Zinssatz drei Prozent: Es kann nicht davon ausgegangen werden, dass lediglich 2,5 Prozent Zins auf die ganze Laufzeit zu bezahlen ist. Per 31.12.2011 beliefen sich die Zinsen aus Schuldscheindarlehen, gemäss Abschluss auf 2,83 Prozent, also bereits 0,33 Prozent über diesen 2,5 Prozent. Das ergibt ein

Nullsummenspiel, wobei wie ausgeführt, lediglich 25 Prozent in 40 Jahren Abschreibung, berücksichtigt sind. Sie können auch eine einfache, andere Rechnung machen. Bei einer Vollkostenrechnung oder als Investor rechnet man heute mit fünf bis sechs Prozent Rendite der Anlagekosten, also bei 69 Millionen 3,45 Millionen bis 4,14 Millionen. Sie können selbst den Schluss ziehen, dass die dargelegten Einsparungen von 1,2 Millionen wie Schnee an der Sonne schmelzen.

Sofern „sinergia“ gebaut wird, ist davon auszugehen, dass die gekündigten Räume längere Zeit nicht vermietet werden können. Dadurch entstehen Steuerausfälle für Kanton, Stadt Chur und Bund. Was die Vermietungsmöglichkeiten in der Altstadt anbetrifft, kann auf die Inseratenseiten in der Tagespresse verwiesen werden und auch Grossratskollege Marti kann sicher ein Lied über die Vermietungschancen singen. Die von ihm angebotenen leeren Wohnungen in der Unteren Gasse stehen seit Bauvollendung seit sehr, sehr langer Zeit leer. Aus der Sorge zur Altstadt, und ich kenne die Altstadt, bin ich gegen „sinergia“. Ich bin an der Reichsgasse aufgewachsen, habe die Vereinigung Chur Altstadt gegründet und habe diese bis 2010 präsiert und wir wohnen wieder in der Altstadt. Die Verkehrssituation am vorgesehenen Standort hat sicher jeder Grossrat, welcher die Strassen Kasernenstrasse, Ringstrasse, Pulvermühlestrasse benutzt, kennengelernt. Und etwas muss auch erwähnt werden, von den fünf Churer Kommissionsmitgliedern sind vier gegen das Geschäft, ausser Sie haben jetzt die Meinung geändert. Noch ein Schlusswort, ich war schon 2009 gegen dieses Projekt. Und wenn ich lese, das graue Haus soll in ferner Zukunft nur noch für Repräsentationszwecke benutzt werden, dann zweifle ich an der geistigen Potenz der Verfasser. Ich bin für Eintreten, ersuche Sie dieses Geschäft abzulehnen.

Claus: Vor ziemlich genau zwei Jahren habe ich an dieser Stelle gegen den geplanten Verwaltungsneubau in Chur gekämpft. Die Weiterbearbeitung des Projektes „sinergia“ in Chur wurde zusammen mit der ganzen Immobilienstrategie des Kantons im Grossen Rat mit klarer Mehrheit angenommen, allerdings sollte das Grossprojekt in Chur in Etappen umgesetzt werden. Nach zwei Jahren liegt nun eine sogenannte Testplanung mit definitiven Kostenschätzungen vor. Während vor zwei Jahren noch von Gesamtkosten von 88 Millionen Franken gesprochen wurde, sprechen wir heute von circa 113 Millionen Franken. Die jährlichen Einsparungen bei den Betriebskosten wurden ebenfalls nach unten korrigiert. Wir sprechen heute noch von 1,2 Millionen Franken, mit Glück, von 1,9 Millionen Franken. Selbst diese Zahlen scheinen aber zu optimistisch. Der Kanton kalkuliert nämlich damit, dass das Gebäude nach 40 Jahren einen Restwert von 75 Prozent haben soll. Eine realistische Betrachtung, muss wohl davon ausgehen, dass wir mit der Realisierung von „sinergia“ kaum Kosten einsparen werden, eher das Gegenteil blüht uns, wie Ihnen Grossrat Tscholl-Bachmann bereits erklärt hat.

Es müssten nun grosse Vorteile für dieses Projekt sprechen, um es trotzdem anzunehmen. Ziel ist es, von den 1200 Arbeitsplätzen der kantonalen Verwaltung in Chur, in einer ersten Etappe 400 und in einer Zweiten 270

Arbeitsplätze dazu in einem Gebäudekomplex zusammenzufassen. Wenn nun seitens der Regierung angeführt wird, dass sich mit der Zusammenfassung dieser Arbeitsplätze, ein Reigen von Sinergien ergeben sollte, sowohl in der Zusammenarbeit, wie in der Führung der Angestellten, gilt es doch Fragezeichen zu setzen. In einer anerkannten Studie der Hochschule Luzern, dem eidgenössischen Volksdepartement und dem Staatssekretariat der Wirtschaft wurden verschiedene Büroorganisationsformen im Jahre 2010 miteinander verglichen und wirtschaftlich ausgewertet. Als effizienteste Büroform erwies sich, wen wundert's, das Einzelbüro. Personen in diesen Büros arbeiten qualitativ und quantitativ besser, als solche in Mehrplatzbüros. Sie sind auch deutlich weniger krank. Selbstverständlich gibt es Ausnahmen und nicht jedes Mehrplatzbüro ist von Nachteil. Aber in der heutigen Situation sind 80 Prozent der Arbeitsplätze in Chur in Einzelbüros untergebracht. Mit der Realisierung des Projekts „sinergia“, steigt der Durchschnitt auf circa drei Personen pro Büro an. Die Studie fast das Ergebnis klar zusammen. Jedes Unternehmen sollte bei einem Büroneubau nicht nur die Flächenkosten pro Arbeitsplatz berechnen, sondern auch die indirekten Kosten, die durch negative Umgebungsbedingungen entstehen, mit einbeziehen. Hätte die Regierung dies getan, würde durch den Verlust der Einzelbüros und der Vorteile für die Produktivität der Verwaltung sogar ein Minuseffekt ausgewiesen werden müssen. Die Regierung hat sich dieser Frage nicht angenommen. Und sie hat noch etwas nicht getan, sie hat nämlich nicht nach dem Einsparpotenzial im Zusammenhang mit dem Umzug von 400 beziehungsweise 670 Arbeitsplätzen gesucht. Zumindest in Bezug auf Abläufe und Organisation, müssen in Zusammenhang mit einem Grossprojekt und Büroneubau Potentiale ausgewiesen werden, das ist in der Botschaft nicht der Fall.

Kommen wir zur Stadt Chur. Ich begrüsse es sehr, dass die Stadt die kantonalen Arbeitsplätze behalten kann. Eine Ausgliederung in den restlichen Kanton ist nicht geplant und sehr wahrscheinlich mit „sinergia“ auch für lange Zeit vom Tisch. Trotzdem bringt der Neubau an der Ringstrasse für unsere Stadt erhebliche Nachteile, denen auch in der Ausarbeitung der Testplanung nicht begegnet werden konnte. Die Verkehrssituation in Chur West ist bereits heute ein ungelöstes Problem. Auch weitere Kreisel vermögen daran nichts zu ändern. Der Ringstrasse-/Kasernenstrassekreisel vermag den Verkehr stadtauswärts während der Stosszeit nicht mehr zu bewältigen. Der Verkehrsstrom von und zum Verwaltungsgebäude soll über eine Nebenstrasse erfolgen. Mit dem Projekt „sinergia“ soll ein weiterer Kreisel entstehen. Damit wird das Problem verschärft, zumal eine Weiterführung der Achse Ringstrasse/Industriestrasse ein Wunschdenken bleiben wird. Die Stadt Chur kann daran nicht sehr viel ändern, auch wenn sie mit grosser Bereitschaft das Projekt unterstützt, hat sie bis heute nicht aufzeigen können, wie sie die Verkehrsprobleme zu lösen gedenkt. Ein weiterer Nachteil ist sicher, dass mit den 670 Arbeitsplätzen und den dazu gehörenden Besuchern der Verwaltung der Innenstadt von Chur ein erhebliches Potenzial verloren geht. In die Churer Altstadt wurde in letzten Jahrzehnten sehr viel investiert. Sie ist

heute ein Schmuckstück. Ein Zentrum lebt von seinen Besuchern, es ist ein grosser und schmerzlicher Verlust, wenn 600 bis 1000 Personen tagtäglich weniger in der Innenstadt unterwegs sind, konsumieren und einkaufen. Eine attraktive Hauptstadt mit einem attraktiven Kern ist ein Schmuckstück für den ganzen Kanton und für alle Bündnerinnen und Bündner. Es bleibt festzuhalten, dass wir Churerinnen und Churer am Projekt „sinergia“ keine Freude haben können. Dem kurzfristigen Bauvolumen steht ein Langzeitschaden für unsere Stadt gegenüber. Für den Kanton werden bei genauem Hinsehen mit dem vorliegenden Projekt keine grossen Vorteile sichtbar. Die dafür entstehenden Kosten von ca. 113 Millionen Franken sprechen ein klares Bild. Die Alternative zum Projekt ist das punktuelle Zusammenlegen von Verwaltungseinheiten in der Innenstadt. Dafür herrscht in Chur genügend Potential. Damit würden echte Synergien zu vernünftigen Kosten entstehen. Die Kommission wollte, dass die Entscheidungsgrundlagen verbessert werden. Vor allem die finanzielle Seite und Wirtschaftlichkeitsrechnung sollte nach HRM2 uns nachgeliefert werden. Wir haben diese Unterlagen bekommen, sie sind aber, wie Herr Grossrat Tscholl ausführte, nicht zielführend. Es sollte eine wirtschaftlichere Betrachtungsweise mit HRM2 möglich sein. Ebenso wollte die Kommission oder hat die Kommission moniert, dass das Einsparungspotential bei den Prozessen und beim Zusammenlegen der Ämter und der damit direkt zusammenhängenden Einsparpotentiale bei den Ressourcen, auch bei den personellen, weiterbearbeitet würde. Dass diese Zahlen, die wir bekommen haben, dazu keine Aussagen formuliert haben, dürfte Ihnen klar sein, wenn Sie diese vier Blätter studiert haben. Wir möchten nun der Regierung die Gelegenheit geben und die Kommission möchte dies auch, der Grossteil der Kommission möchte diese Zahlen noch einmal überarbeitet wissen und sich dann in einer weiteren Situation mit der Wirtschaftlichkeit des Projektes ganz gezielt auseinandersetzen. Ich glaube das dies notwendig ist. Wenn wir mit dieser Botschaft vor das Volk treten müssen, ist das eine Botschaft, die schlussendlich ein Bauvolumen von 113 Millionen in unserem Kanton auslöst und das in Chur, dabei müssen wir mit gesicherten Grundlagen vor das Volk treten können, das können wir heute nicht. Ich bitte Sie deshalb, das Geschäft an die Kommission zurückzugeben.

Gartmann-Albin: Ich kann die Voten meiner Ratskollegen Tscholl und Claus für einmal voll und ganz unterstützen und möchte nicht nochmals Ihre Argumente gegen den Verwaltungsbau „sinergia“ wiederholen. Dies auch, da ich meine Gründe für eine Ablehnung bereits in der Dezembersession 2009 vorgebracht habe und ich Sie damit nicht nochmals langweilen möchte und mich somit kurz fassen kann. Von der Wirtschaftlichkeitsberechnung her ist das Projekt „sinergia“ gemäss Botschaft, Bericht zur Immobilienstrategie des Kantons, Umsetzung Standort Chur auf längere Sicht die günstigste Variante, sofern man bei diesen Kosten überhaupt von günstig sprechen kann. Der Grosse Rat hat in der Dezembersession 2009 beschlossen, die Möglichkeit der Etappierung dieses Projektes in Angriff zu nehmen, was in der Zwischenzeit nun auch geschehen ist. Somit dis-

kutieren wir heute über die erste Etappe mit einem Kostenvolumen von 69 Millionen Franken. Damit ist das aber nicht getan und eine zweite Etappe mit Kosten von 44 Millionen Franken wird folgen. Ich hoffe nun sehr, oder besser formuliert, ich erwarte von der Regierung, dass beide Etappen in der Abstimmungsvorlage im Sinne der Transparenz erwähnt werden und dem Stimmvolk damit ganz klar aufgezeigt wird, dass die komplette Realisierung des Projektes „sinergia“ Total 113 Millionen Franken kosten wird. Denn alles andere wäre dem Volk Sand in die Augen gestreut. Auch ich bin für eintreten.

Berther (Disentis): Die Bezeichnung „sinergia“ für das vorliegende Projekt wurde gut gewählt. Synergie bedeutet hauptsächlich Zusammenarbeit mit gegenseitigen Nutzeffekten. Dies ist genau das, was man in dem Bau eines neuen Verwaltungszentrums erreichen will und auch erreichen muss. Zur Erreichung dieses Ziels wurde bereits im Jahre 2006 eine kantonale Immobilienstrategie erstellt. Strategisches Denken ist wichtig. Es ist aber ein Faktum, dass in Graubünden oft und zwar aufgrund regionalpolitischer Parametern Abstriche im strategischen Denken vorgenommen werden müssen. So ging als Resultat der Immobilienstrategie 2006 unter anderem auch das geplante neue Verwaltungszentrum auf dem Kasernenareal in Chur hervor. Welches gut ist, wenn auch nicht in allen Bereichen ganz optimal. Das Projekt ist dem Grosse Rat mehrheitlich bekannt. Denn das Parlament hat bereits im 2009 diesem Standort seine Zustimmung gegeben. Ich will mich nicht zu den vielen Details äussern, die die Regierung in der Botschaft ausführlich dargelegt hat. Vielmehr beschränke ich mich auf einige wenige Überlegungen aus unternehmerischer Sicht, die nicht im Hauptfokus der Vorlage stehen. Denn für mich wird in der Botschaft dem unternehmerischen Denken zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt. Ein derart grosses Projekt wie „sinergia“ muss auf jeden Fall volkswirtschaftlich sinnvoll sein. Bei „sinergia“ scheint mir dies der Fall zu sein, denn das Projekt gibt der Wirtschaft neue Impulse, in dem sie wachsen kann, weil an verschiedenen Standorten im Zentrum der Stadt Immobilien für Wohnen, Gewerbe und Dienstleistungsbetriebe frei werden. Dasselbe geschah auch in den Peripherien. Das Projekt ist auch aus ökonomischer Sicht vertretbar. Weil es unter anderem grosse und kostenintensive Sanierung der aktuell benutzten Gebäude überflüssig macht. Zusätzlich überzeugt „sinergia“ aber auch aus betriebswirtschaftlicher Sicht, weil schlankere und gebündelte Strukturen die Betriebskosten reduzieren. Gerade dies als Argument darf nicht ausser Acht gelassen werden. Zusätzlich zu den drei genannten Punkten, zeigt eine zentralisierte Struktur noch weitere Vorteile. Ich will nur Nachfolgende nennen. Die einfachere infrastrukturelle Grundversorgung, die verbesserte Sichtbarkeit der Institution Kantonsverwaltung und die einheitliche Unternehmenskultur. Dass die kantonale Verwaltung heutzutage ein Dienstleistungsbetrieb im Dienste der Bürgerinnen und Bürger sein muss, ist eine Selbstverständlichkeit. Erfreulicherweise stellt man fest, dass einige Ämter schon heute den Bürger als Kunde betrachten und behandeln. Während andere Dienststellen hier noch deut-

lich Nachholbedarf haben. Was das Projekt für mich auch beinhalten muss, ist für Graubünden vital. Eine vitale Überlegung, das es keine Verstärkung der Zentralisierung in Chur bringt, die zu einer Schwächung der anderen acht peripheren Verwaltungsschwerpunkte führen würde. So frag ich den Herrn Regierungsrat an, ob ein Anliegen auch der Haltung der Regierung entspricht. Gerade diesem Aspekt muss der Kanton genug Aufmerksamkeit schenken. Denn Graubünden lebt und gedeiht nur, wenn Zentrum und Peripherie einander gegenseitig durch Synergien stärken. Als Unternehmer würde ich gerne mehr Gewissheit haben, dass das Projekt noch stärker zu einer Reduktion der laufenden Betriebskosten führen kann. In der Privatwirtschaft müsste eine derart grosse Investition zwingendermassen auch diesen Effekt zur Folge haben. Die Wirtschaftstheoretiker sagen, dass bei der Synergie die optimale Kombination von Einzelelementen eine bessere Gesamtsumme, als nur das Total von Einzelteilen ergibt. Aus diesen Überlegungen bin ich für Eintreten und Zustimmung der Vorlage.

Waidacher: In der von der Regierung beschlossenen kantonalen Immobilienstrategie werden insgesamt neun regionale Verwaltungszentren geschaffen. Diese Zusammenlegungen haben in Roveredo, Ilanz und Thusis bereits stattgefunden. Das heisst, die Regionen haben und werden ihre Hausaufgaben anstandslos ausführen. Das zeigt auch klar auf, dass nicht befürchtet werden muss, dass noch mehr Arbeitsstellen nach Chur verlagert werden. Meine Frage nun, warum soll diese Strategie nicht gerade in Chur, wo der Handlungsbedarf mit den 44 verschiedenen Standorten am grössten ist, nicht auch umgesetzt werden können? Ein weiterer gewichtiger Vorteil dieses neuen Verwaltungszentrums in Chur wäre, dass dadurch auch eine optimalere Führung der Departemente durch unsere Regierungsräte möglich wird. Beim heutigen zufällig gewachsenen Zustand mit den diversen Standorten kommt aus meiner Sicht der für eine gute Führung sehr wichtige direkte menschliche Kontakt viel zu kurz. Führen mit E-Mails, SMS und Handys kann in Zukunft nicht zielführend sein. Bei den Investition- und Kostenbetrachtungen darf man sich nicht die Frage stellen wie sich ein privates Unternehmen an dieser Stelle verhalten würde. Ich glaube kaum, dass irgendjemand sich zum Status quo bekennen würde, vor allem wenn er wenigstens im Moment noch über genügend Eigenkapital verfügt und sich die momentane Zinssituation vor Augen hält. Man kann davon ausgehen, dass ein Vermieter einer Liegenschaft an den Kanton Graubünden mit einer Bruttorendite von mindestens fünf Prozent rechnet. Im Vergleich dazu bekommt der Kanton das Geld heute zu 0,3 bis 0,5 Prozent. Man hat nun die Chance aus den Mietverhältnissen auszusteigen und alle Arbeitsplätze in eigene kantonale Liegenschaften zu verlegen, was sicher längerfristig sich auszahlen wird. Als ein weiterer Pluspunkt des Projektes „sinergia“ sehe ich in der Tatsache, dass die Raumkosten massiv über ein Drittel reduziert werden können. Ein wesentlicher Aspekt sind für mich in diesem Zusammenhang die Einsparungen der Energiekosten. Wenn wir uns an die langen Debatten in der Augustsession zurück erinnern,

ist der Kanton ja fast gezwungen bei den energetischen Sanierungen mit einem guten Beispiel voran zu gehen. Es ist ja sicher viel aufwändiger und technisch auch fast nicht machbar die 44 Standorte in Chur gesetzeskonform zu sanieren. Beim Neubau wird der Minergie-P-Eco-Standard angestrebt, der bei der Sanierung kaum erreichbar wäre und bei einem Neubau nur unwesentlich mehr kostet. Ich bin für Eintreten.

Grass: Nach den Voten einiger Churer Grossräte, die kaum ein gutes Wort für diese Vorlage haben, möchte ich an die Voten meiner Kollegen Berther und Waidacher anknüpfen und auch ein paar positive Aspekte für das Projekt „sinergia“ einbringen. Ich werde mich kurz halten, da vieles schon erläutert wurde. Die kantonale Immobilienstrategie hat begonnen und die ersten regionalen Verwaltungszentren, darunter auch das in Thusis, sind bereits in Betrieb. Fünf weitere werden folgen und das Gebäude in Chur würde den Abschluss machen. Mit dem Zusammenschluss von Dienststellen in ein zentrales Gebäude, entstehen starke regionale Zentren, welche auch den Erhalt von Arbeitsplätzen in den Regionen sichern. In Chur soll nur das umgesetzt werden, was in den Regionen vorgemacht wurde. Mit über 40 verschiedenen Liegenschaften auf dem Gebiet der Stadt Chur, ist auch hier Handlungsbedarf ausgewiesen. Der Zustand, dass heute einige Dienststellen in verschiedenen Gebäuden untergebracht sind, entspricht in keiner Weise einer zeitgemässen, modernen Verwaltung. Oder kennen Sie eine private Unternehmung, die auf so kleinem Raum, so viele verschiedene Standorte vorweist?

Mit dem Zusammenschluss verschiedener Dienststellen in ein Gebäude, können neben der Senkung der Raumkosten auch Einsparungen in der IT-Infrastruktur vorgenommen werden. Die Konzentration der Verwaltungszentren bringt nicht nur eine Vereinfachung der Abläufe, sondern spart auch Zeit und Aufwand der Besucher und bringt somit auch der Bevölkerung einen deutlichen Mehrwert. In diesem Saal wird immer wieder von Effizienzsteigerung gesprochen, lassen wir den Worten Taten folgen, stimmen wir dem Projekt „sinergia“ zu und schaffen so für die Kantonale Verwaltung die Voraussetzungen dazu. Ich bin für Eintreten.

Parpan: Die Kommission wurde zu diesem Geschäft sehr umfangreich dokumentiert und informiert. Nach Studium dieser Grundlagen und nach der Kommissions-sitzung komme ich zum Schluss, dieses Projekt weiterhin zu unterstützen und den gestellten Anträgen zuzustimmen. Die Kommission hat nach der Sitzung vom 29. September nicht mehr getagt und dass es zu Meinungsänderungen gekommen sein soll ist mir neu. Grossrat Claus hat da scheinbar Insider-Informationen. Ich sage Ja als Einwohner dieses Kantons, weil die Kundentreue massiv verbessert wird, indem ein grosser Teil der kantonalen Dienstleistungen anstelle von heute 44 Standorten neu in Zukunft an einem Standort zu finden sein werden; weil es sich auch als Steuerzahler rechnet, da viel weniger Raum benötigt wird und dann weniger Unterhalt anfällt, viel weniger Energie verbraucht wird und dies zu Einsparungen führen wird und muss; weil es zu einer Effizienzsteigerung durch Syner-

gienutzung, kürzere Wege und Ablaufoptimierungen führen wird und dadurch alle profitieren. Ich sage Ja als Regionenvertreter in diesem Rat, weil 37 Prozent der Arbeitsstellen in der kantonalen Verwaltung in den Regionen sind und dort auch bleiben werden; weil die Immobilienstrategie in den Regionen mit dem regionalen Verwaltungszentrum teilweise bereits umgesetzt ist oder in der Umsetzung ist; weil es nichts anders als folgerichtig ist, dass nun auch in Chur mit 63 Prozent der Stellen und somit dem grössten Potenzial die beschlossene Immobilienstrategie umgesetzt wird. Ich sage auch Ja als Unternehmer. Wenn ich als Unternehmer die Möglichkeit habe, das Ganze zu konzentrieren auf wenige anstelle 44 Standorte und dies wohl in der gleichen Stadt, dass hätte ich wohl schon lange wahrgenommen. Weil ein zeitgemässes Arbeitsumfeld in einem Gebäude mit einer grossen, räumlichen Flexibilität für zukünftige Strukturen und Arbeitsbedingungen zu einer Optimierung führen wird und muss. Weil gemäss den Berechnungen über ein Drittel der heutigen Betriebskosten und somit zwischen einer und zwei Millionen jährlich eingespart werden kann. Als Unternehmer würde ich die Etappierung vermutlich nicht vornehmen, da eine Etappierung zu Mehrkosten führt. Es gibt aber auch gute Gründe für eine Etappierung, die für mich nachvollziehbar sind, zumal dieser Rat die Möglichkeit einer Etappierung explizit gewünscht hat. Ich sage auch Ja als Baumeister, weil die Testplanung mir als Baufachmann klar aufzeigt, dass ein sehr gutes Projekt realisiert werden kann, weil die Kostenermittlung und die Berechnungen für mich plausibel sind; weil durch die Investitionen in einen Neubau viel Neues bei den bestehenden Liegenschaften ermöglicht wird und interessante Chancen und Entwicklungsmöglichkeiten für Chur entstehen. Ich sehe es als Chance und nicht als Schädigung der Altstadt, wie Grossrat Tscholl es ausgeführt hat. Ich sage auch Ja aus ökologischer Sicht, weil mit der Realisierung im Minergie-P-ECO-Standard ein zukunftsgerichtetes, umweltschonendes Gebäude erstellt wird. Weil wir, dieser Rat, mit der Realisierung dieses Projektes in der aktuellen Energie-Diskussionen nicht nur reden, sondern handeln; weil mit der Umnutzung der bestehenden Liegenschaften auch die bestehenden Gebäude auf eine ökologische, sinnvolle und effektive Art erneuert werden können. Und ich sage Ja als Grossrat, weil wir im 2007 das Projekt „sinergia“ in das Regierungsprogramm 2009/2012 aufgenommen haben; weil wir im November 2009 den Bericht zur Immobilienstrategie Umsetzung Standort Chur zur Kenntnis genommen haben; weil wir dem Projekt „sinergia“ mit der Möglichkeit der Etappierung mit 70 Stimmen zugestimmt haben. Und weil es nach dem Studium der Botschaft nichts anderes als konsequent ist, den gestellten Anträgen zuzustimmen. Ich bitte Sie, seien auch Sie konsequent, wenn es nun konkret wird. Ich bin selbstverständlich für Eintreten.

Heiz: Alle anderen Kommissionsmitglieder haben schon gesprochen, ich halte deshalb meine Intervention noch kürzer und improvisiere. Ganz kurz: Ich bin, obschon die Botschaft effektiv einige Mängel aufweist, klar für Eintreten und für Akzeptieren des Projektes. Warum? Es gibt vier Hauptkriterien, Beurteilungskriterien für dieses

Projekt. Zuerst die Synergien, die Effizienzsteigerungen bei den Abläufen usw. Obschon sie effektiv nicht quantifiziert sind, grundsätzlich ist es natürlich schon so, dass es einen grossen Unterschied ausmacht für die Abläufe innerhalb der verschiedenen Ämter, ob der Mann oder die Frau, mit dem man am meisten arbeitet zwei Türen nebenan sitzen oder eben fünf Minuten zu Fuss in einem anderen Gebäude. Also da müssen zwangsläufig Effizienzsteigerungen herauschauen. Diese muss dann die Regierung sicher noch, das ist ihre Aufgabe, quantifizieren, präzisieren und zwar nicht nur global, sondern Departement für Departement und Amt für Amt.

Zweitens: Ein wichtiges Argument, das von den Gegnern immer wieder angeführt wird, sind die Auswirkungen auf das Leben der Altstadt. Sicher wird es Auswirkungen haben und sicher werden einige vielleicht auch schmerzhaft sein. Aber, es ist ja nicht so, dass 700 Leute aus der Altstadt verschwinden. Erstens ist es in Etappen, also man hat Zeit, die Altstadt hat Zeit sich anzupassen und zweitens ist es ja nicht so, dass 700 Leute aus der Altstadt verschwinden. Die werden zum grossen Teil ersetzt, entweder durch Einwohner oder durch andere Arbeitsplätze.

Drittens: Die Verkehrssituation wird bemängelt. Sicher jeder kennt die Verkehrsprobleme besonders an der Ausfahrt Chur Süd. Und die werden mit dem Projekt „sinergia“ sicher nicht gelöst, sie werden aber auch nicht verschlimmert und deshalb, finde ich, kann man die Verkehrssituation nicht gut als starkes Argument gegen dieses Projekt anbringen. Dieses Projekt, und ich nehme als Nicht-Churer immer das Beispiel des Bahnhofs Chur, dieser Neubau wird, glaube ich, einen grossen Schub in Sachen Image, in Sachen Modernität für die Stadt Chur bringen. Das war gerade eben beim Bahnhof ja spektakulär der Fall.

Was die Wirtschaftlichkeits-Analyse anbetrifft, hier finde ich auch, bestehen in der Botschaft Mängel, die noch geklärt werden müssen. Es wird mehrfach von einer Wirtschaftlichkeitsrechnung gesprochen, gesehen haben wir sie aber nicht. Und es gibt einige Punkte, die unbedingt geklärt werden müssen, um nicht Unsicherheit zu streuen. Deshalb bin ich für Eintreten. Ich bin auch grundsätzlich für Genehmigen der Vorlage, aber ich würde mich auch nicht wehren, wie es Grossrat Claus vorgeschlagen hat, wenn das Geschäft an die Kommission zurückgeschickt würde, um eben diese letzten Klärungen noch zu treffen.

Geisseler: Nach der Anfrage Nigg betreffend einem neuen Verwaltungszentrum, die in der Augustsession 2009 behandelt wurde, und mit dem Bericht zur Immobilienstrategie des Kantones, debattiert und verabschiedet in der Dezembersession 2009, steht nun das Kerngeschäft „sinergia“ auf unserer Traktandenliste. Eines hat sich zwischenzeitlich geändert. Der Reifegrad des Projektes wurde gesteigert, Details bearbeitet und in aller Deutlichkeit aufgezeigt. Aufgeworfene Fragen wurden beantwortet mit dem Fazit, dass wir als Parlament dieses Projekt realisieren müssen. Eines aber hat sich leider nicht geändert und ich kann es nicht verschweigen und sage es offen: Nicht geändert hat sich für mich die Verbissenheit und das Verkrallen der Gegnerschaft in

Scheinargumenten, Partikularinteressen, Beschwören von bösen Geistern, Stimmungsmache in negativen Szenarien und anderem mehr. Ich stehe voll und ganz zur Immobilienstrategie des Kantones mit Verwaltungszentrum in den Regionen und mit einer reduzierten, gleichen Lösung in unserer Verwaltungshauptstadt Chur. Mit reduzierter Lösung umschreibe ich das Projekt „sinergia“, damit da „sinergia“ doch nur die Hälfte der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einbezogen werden sollen und somit der Standort Chur immer noch einen Vorteil genießt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich stelle Ihnen gerne zwei Fragen: Ist es nicht unsere parlamentarische Aufgabe, haushälterisch mit unseren Kantonsfinanzen umzugehen? Ist es nicht geradezu unsere Hauptaufgabe, den Finanzhaushalt im Gleichgewicht zu halten, und zwar heute und morgen? Ja sicher, da müssen Sie mir zustimmen. Nun, die Budgetberatungen vom kommenden Dezember lassen grüssen. Noch ein kleiner persönlicher Hinweis. Meine geschätzten und noch jungen und draufgängerischen Kolleginnen und Kollegen, richten Sie Ihre Finanzpolitik in unserem Kanton so aus, dass Sie nie, ich wiederhole, nie ein Sparpaket knüpfen und umsetzen müssen, wie wir es im Jahre 2003 tun mussten, als die Staatskassen leer, ein Schuldenberg drohte und wir das Wasser buchstäblich bis zum Hals hatten. Sparpakete und Strukturkorrekturen sind sehr schmerzhaft und zudem sehr nachhaltig. Und in dem Papier ist aufgezeigt mit „sinergia“ sparen wir Raumkosten von über zwei Millionen und rund 37 Prozent.

Frage zwei: Dürfen wir die Regionen anders behandeln als unsere Hauptstadt? Ich meine nein, ich meine im Prinzip nein. Denn die Stadt Chur als unsere Verwaltungstadt und Hauptstadt kann immer wieder vom Kanton profitieren. Neuestes Beispiel wird die Aufwertung des Bündner Kunstmuseums sein, das Schmuckstück, das Chur aufwerten will. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn ich „sinergia“ höre, assoziiere ich verbesserte Arbeitsbedingungen für unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, was grundsätzlich eine Grundlage für eine Effizienzsteigerung ist. Im Weiteren eine gesteigerte Kundenfreundlichkeit, was für die Betroffenen ein echtes Anliegen ist, sowie Einsparungen von Betriebskosten. Für mich genügend Gründe für ein eindeutiges und vorbehaltloses Ja zu „sinergia“.

Niederer: Lassen Sie mich vorab festhalten: Die CVP steht mit grosser Mehrheit hinter dem Projekt „sinergia“, dies weil eine klare Strategie dahinter steckt. Eine Strategie, welcher der Grosse Rat schon 2009 mit grosser Mehrheit zugestimmt hat und welche dann ins Regierungsprogramm 2009/2012 eingeflossen ist. Beim Projekt „sinergia“ handelt es sich um ein gesamtkantonales Konzept und nicht um einen Schuss aus der Hüfte. Dies ist in meinen Augen der Hauptgrund, wieso sie von meinen Vorrednerinnen und Vorrednern mit Ausnahme einiger Churer Grossräte so viele überzeugende Gründe für „sinergia“ gehört haben. Für mich gilt es, zwei Pro-Argumente besonders zu betonen. Erstens: Die volkswirtschaftliche Bedeutung von „sinergia“. Zweitens: Die Gleichbehandlung der regionalen Zentren mit Chur. Zur volkswirtschaftlichen Bedeutung ist Folgendes anzufüh-

ren: Noch schnurrt der Motor der Bauwirtschaft. Was passiert, wenn der Katze aber jemand auf den Schwanz steht, sehen wir dieser Tage am Beispiel des Tourismus. Aufgrund der wirtschaftlichen Verwerfungen gerade der letzten Zeit ist der Erhalt des heutigen Niveaus der Bauwirtschaft aber alles andere als gewiss. Vielleicht werden wir Mitte, Ende dieses Jahrzehnts um den wirtschaftlichen Impuls von „sinergia“ froh sein, umso mehr als auch das Baunebengewerbe und der Dienstleistungssektor ein nahrhaftes Stück des Kuchens abbekommen könnten.

Im Weiteren werden die zum Verkauf stehenden und die bis dahin gemieteten Immobilien infolge Umbau und Sanierung weitere finanzielle Impulse vorab von privater Seite auslösen. Durch die Umnutzung und Sanierung der bis dato kantonal genutzten Immobilien wird ferner der Immobilienmarkt belebt. Ich denke nicht, dass es in diesem Bereich zu einer Überhitzung kommen wird, da auch die Immobilien etappiert, umgenutzt respektive verkauft werden. Lassen Sie mich ein Argument, das von vielen Kolleginnen und Kollegen schon aufgeführt ist, noch kurz umschreiben und unterstreichen mit meinem Votum. Die Immobilienstrategie des Kantons sieht vor, dass kantonale Verwaltungszweige in den Regionen in Verwaltungszentren konzentriert werden sollen, damit dort die Effizienz gesteigert werden kann. Es wäre in meinen Augen für die Region schlicht unverständlich, wenn für den Platz Chur diese Forderung nicht gelten sollte und hier die Verwaltung ihre Kräfte weiterhin in Dutzenden von zum Teil weit auseinander gelegenen Büroimmobilien verzetteln dürfte. Ich bin für Eintreten.

Brandenburger: Wie einige meiner Vorredner kann auch ich mich nicht für das Projekt „sinergia“ erwärmen. Die SVP hat sich als einzige Partei schon früh gegenüber dem Projekt kritisch geäußert. Die in der Botschaft aufgeführten Vorteile des Neubaus an der Ringstrasse vermögen nicht zu überzeugen. Die Nachteile überwiegen klar. Weder die abgelegene Lage am Stadtrand, welche sich nicht als sehr kundenfreundlich erweist, noch der Bau mit den vielen Teambüros kann begeistern. Von einem ökonomischen Umgang mit dem Grundstück kann ebenfalls nicht gesprochen werden. Bestens geeignetes Land für Gewerbe wird für ein Dienstleistungsunternehmen überbaut. Zudem ist das Projekt in die Breite und nicht, was mindestens einen schonenderen Umgang mit dem Land zur Folge hätte, in die Höhe geplant. Die negativen wirtschaftlichen Auswirkungen auf die Innenstadt durch den Wegzug eines Grossteils der Verwaltung an die Peripherie der Stadt – bis am Schluss würden es gemäss Botschaft rund 700 Arbeitsplätze sein – werden erheblich sein und dürfen nicht in Prozentzahlen ausgedrückt verniedlicht werden. Des Weiteren scheint die Ersparnisrechnung bedingt durch den Erlös für die Altliegenschaften aus der Sicht der SVP doch etwas gar hochgegriffen zu sein. Auf Seite 630 in der Botschaft heisst es zudem: Die Ausstattung der Arbeitsplätze sei bei den Dienststellen bereits vorhanden und würde im Neubau wieder verwendet werden. Dieser Aussage der Wiederverwendung kann ich nicht ganz Glauben schenken. Auch die Frage der Sicherheit darf bei einer solchen Massierung von Arbeitsplätzen der öffentlichen Verwal-

tung an einem einzigen Ort nicht unterschätzt werden. Ob das ehrwürdige Graue Haus an bester Lage in der Innenstadt schlussendlich nur noch für repräsentative Zwecke genutzt werden soll, ist ebenfalls kritisch zu hinterfragen. Sie sehen, meine Damen und Herren, „sinergia“ bringt nicht nur Vorteile, so wie in der Botschaft dargestellt. „sinergia“ lässt viele Fragen offen. Wir von der SVP unterstützen die Rückweisung des Geschäfts.

Kappeler: Ich möchte mal vorausschicken, ich bin, obwohl ich Churer bin, nicht grundsätzlich gegen das Projekt, aber ich erachte es als meine Pflicht, halbwegs zu wissen, worüber ich entscheide. Und aufgrund der abgegebenen Unterlagen ist das nicht der Fall. Ganz klar bin ich einverstanden mit den Zielen, die der Botschaft zugrunde gelegt sind, nämlich Einsparung laufender Kosten sprich das Projekt muss gescheit, muss wirtschaftlich sein, dann sollen Synergien besser genutzt werden und auch Abläufe sollen optimiert werden. Nun zum Thema Wirtschaftlichkeit. Es wurde bereits von Kollege Tscholl erwähnt, die Tabelle auf Seite 632, auch da habe ich meine echten Bedenken bezüglich der Kapitalkosten fürs Projekt „sinergia“. Da ging einfach mal sagen wirs so eine gewisse Position, ein gewisser Anteil vergessen. Unten im Text auf Seite 632 steht dann schon noch „ergeben sich zusätzliche jährliche Abschreibungsaufwendungen“ von irgendetwas. Ich hab dann heute in den Unterlagen von heute Mittag gesehen, dass die Wirtschaftlichkeit offensichtlich nach SIA 480 mit der dynamischen Wirtschaftlichkeitsrechnung beurteilt wurde. Leider fehlen auf diesem Beiblatt die Ergebnisse. Ich nehme nicht an, dass die Zahlen, die auf Seite 633 publiziert sind, die Ergebnisse aus dieser dynamischen Wirtschaftlichkeitsrechnung sind, weil da steht beispielsweise, dass jährlich 1,2 Millionen Franken nominal Einsparungen resultieren. Das ist aber gerade der Betrag, wie er fälschlicherweise auf Seite 632 in der Tabelle eben resultiert. Also von dem her bezweifle ich, ob das wirklich die Ergebnisse der Kapitalwertmethode, oder wie auch immer, nach SIA 480 sind. Von dem her bräuchte ich hier schon noch mehr Sicherheit.

Zweitens, zum Thema Synergien finde ich relativ wenig Hinweise und auch zum Thema Abläufe optimieren. Was ist damit gemeint? Ist damit gemeint, dass man in diesem Gebäude beispielsweise einen grossen Raum erstellt, wo künftig alle Baugesuche angeliefert werden? Das hätte dann zur Folge, dass die Gesuchsteller nur noch einen Dokumentensatz abgeben müssten statt wie heute zehn oder zwanzig und dann die kantonalen Beamten mit ihrem Laptop dort hingehen, die Gesuche anschauen und beurteilen oder wie wäre das gemeint? Da wäre ich froh um weitere Informationen und deshalb wäre ich auch dafür, dass sich die Kommission nochmals mit dem Thema auseinandersetzt.

Gunzinger: Ich bin im Grundsatz mit der in der Botschaft dargelegten Strategie, mit den Inhalten des Projekts und mit den Zielsetzungen sowie auch mit der Vorgehensweise, diese Komponenten, die kann ich nachvollziehen. Auch die in Aussicht gestellten und denkbaren Synergien, die resultieren sollten, auch dies kann ich nachvollziehen. Wie bereits einige meiner

Vorredner mache ich jedoch grosse Fragezeichen bei der Wirtschaftlichkeitsrechnung. Da sind Mängel vorhanden und die Wirtschaftlichkeitsrechnung ist ja ein zentrales Argument für die Realisierung dieses Projekts. Ratskollege Casty hat das dargelegt. Ich zitiere nochmals aus der Botschaft. Hier wird mit wiederkehrenden Einsparungen in der Höhe von 1,2 Millionen Franken nominal bis 1,9 Millionen Franken aufgezinnt gerechnet. Und es steht weiter, dass die Investition sich hiermit klar lohnt. Man muss sich das vor Augen führen. Wir haben bei einer Investitionssumme von 69 Millionen Franken, auf Seite 632 in der Botschaft unter Kapitalkosten dargelegt, eine Million Franken. Und das berechnet Verzinsung und Amortisation drei Prozent auf der Hälfte des investierten Kapitals. Ich denke für eine Million Franken müssen wir ein Fragezeichen setzen.

Wir müssen ein weiteres Fragezeichen setzen wenn wir die Definition sehen, dass der Restwert bei 75 Prozent festgelegt wird. Bei einem derartigen Investitionsvolumen von drei Prozent, sprich eine Million Franken, wenn ich mit sechs Prozent rechne, was meines Erachtens eher der betriebswirtschaftlichen Realität entspricht, dann komme ich auf plus eine Million Franken und das ohne HRM2. Wenn wir mit HRM2 rechnen, dann haben wir 1,6 Millionen Franken mehr in der Wirtschaftlichkeitsrechnung einzubauen. Ich komme zum Schluss, dass diese Wirtschaftlichkeitsrechnung mit Mängeln behaftet ist und dass wir eine Vorlage haben sollten, in der auch die betriebswirtschaftlichen Rechnungen transparent und nachvollziehbar dargelegt sind. Und aus diesem Grund, und ich muss auch sagen, die nachgereichten Unterlagen vermögen nicht wirklich zu befriedigen. Sie stellen im Prinzip die Inhalte der Botschaft in einer anderen Form nochmals dar. Ich komme zum Schluss, dass wir eine nachvollziehbare Entscheidungsgrundlage benötigen, aufbauend auf der wir dann die Entscheidungen fällen können und möchte Sie bitten, dieses Geschäft an die Kommission zur Überarbeitung zurückzuweisen.

Buchli-Mannhart (Safien-Platz): Ich frage Sie, ist es richtig, dass der Kanton Graubünden suboptimale Strukturen unterhält, um die Churer Altstadt zu unterstützen? Ist das eine Kernaufgabe des Kantons? Uns in den Regionen wird sehr wahrscheinlich richtigerweise vorwiegend aus den Zentren empfohlen, die Strukturen zu bereinigen. Das soll nun für das Zentrum nicht gelten. Ich bitte Sie, mir das zu erklären. Oder ist sogar zu befürchten, dass in der Altstadt von Chur mit der Umsetzung von „sinergia“ ein neuer potenzialarmer Raum entsteht? Ich bitte Sie, auf die Vorlage einzutreten und „sinergia“ umzusetzen.

Cavegn: Ich stimme dem Antrag der Kommissionsmehrheit, jedenfalls soweit sie heute noch zu ihrer Mehrheit steht, und der Regierung gemäss der Botschaft zu. Die Argumente sind in der Botschaft aufgeführt und sie sind teilweise auch heute bereits gebracht worden. Sie sind vor allem schlagend, nämlich die bessere Effizienz in der Verwaltung mit der Zusammenfassung von Dienststellen, mit dem Wegfall von Sanierungsmassnahmen alter Liegenschaften, dieses Argument wird gerne vergessen, mit der offensichtlichen Kostenreduktion im Betrieb.

Und es kann auch mit Rechenbeispielen nicht wegdiskutiert werden, dass eine Verwaltung mit 44 verschiedenen Stellen einfach kostspieliger ist als eine solche an einem einzigen Ort. Ich bin aber auch für Eintreten und dann Zustimmung zur Vorlage, weil Chur, wie auch alle anderen Regionen, seine Hausaufgaben mit einem regionalen Zentrum leisten und lösen muss, wie alle anderen Regionen, die in der Botschaft aufgeführt wurden. Es ist natürlich legitim, dass sich Vertreter der Churer Altstadt gegen dieses Projekt wehren und ihre Interessen wahrnehmen. Bereits aus einer gesamtstädtischen Sicht jedoch sieht die Sache doch anders aus. Es ist darauf hinzuweisen, dass die Stadt Chur sämtliche Arbeitsplätze behalten kann und ich möchte Sie daran erinnern, dass in den Regionen dieses Argument nicht zwingend vorgebracht werden konnte. Es sind dort Verlagerungen zu verzeichnen gewesen zu den regionalen Zentren. Ich möchte auch aus der Sicht der umliegenden Gebiete, aus der Sicht der nahen, umliegenden Gebiete darauf hinweisen, dass der neue Standort mit Sicherheit besser ist als die bisherige Verteilung auf 44 Liegenschaften.

Die Erreichbarkeit am neuen Standort ist sicherlich sehr gut. Die Erschliessung sicher auch. Mir ist klar, ein solches Projekt lässt sich leicht zerreden. Bauten für die Verwaltung sind nie populär, auch dann nicht, wenn Sie zweistellige Millionenbeiträge kosten. Zahlen können immer in Zweifel gezogen werden. Der Antrag auf Rückweisung in die Kommission ist nun eine offensichtliche Verzögerungstaktik und ein Versuch, das Projekt gänzlich zum Scheitern zu bringen. Erliegen wir nicht dieser zarten Versuchung, auch nicht sieben Tage vor den Nationalratswahlen. Wir verschieben das Geschäft bloss um eine Session. Wir diskutieren das Geschäft noch einmal, zum zweiten Mal mit den genau gleichen Argumenten, mit genau gleichen Rechenbeispielen und vielleicht kommen noch einige fantasievolle neue dazu. Haben wir den Mut zum Projekt, die Entscheidung zu treffen und packen wir die Chance aus einer gesamtkantonalen Sicht, von den Synergien eines solchen Projektes zu profitieren! Ich bitte Sie daher, diesem Projekt zuzustimmen.

Rathgeb: Ich bin kein echter Churer, sondern vom Lande aus dem Bezirk Imboden herunter gekommen, nun aber in Chur gewählter, ordentlich gewählter Churer Grossrat und für „sinergia“. Und ich hoffe, auch in Chur bleiben zu können. Meine Hoffnung wird wohl in Erfüllung gehen, weil auch der Churer Stadtrat und übrigens auch Chur Tourismus sich positiv zu diesem Projekt „sinergia“ ausgesprochen haben. Der Kommissionspräsident, im Gegensatz zu mir ein echter Churer, hat die Argumente dafür aufgezählt, bis auf eines, das mir sehr wichtig scheint. Nämlich die Verantwortung gegenüber den zahlreichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern unserer kantonalen Verwaltung, die möglicherweise heute zwar nicht alle für dieses Projekt sein mögen, aber die Verantwortung, insbesondere auch gegenüber den zukünftigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern eine zeitgemässe und gemäss den heutigen Rahmenbedingungen und Arbeitsbedingungen optimale Verwaltung zur Verfügung zu stellen, ist für mich ein schlagendes Argument, das alleine für dieses Projekt „sinergia“ spricht. In einem

Punkt bin ich einig mit dem Churer Kollegen Tscholl im Bezug auf die Verwendung des Grauen Hauses. Auch das kann ich mir nicht vorstellen, dass die Regierung hier rauszieht, aber das alleine ist für mich noch lange nicht ein Grund, gegen die Weiterbearbeitung dieses Projektes zu stimmen. Liesse sich einfach noch verbessern, indem die Regierung die Regierungstätigkeit als Kollegialbehörde weiterhin dort ausführen würde und die Departementsführung und –führungsaufgabe der Verwaltung im neuen Verwaltungsgebäude vorgenommen würde. Ich bitte Sie daher, einzutreten und auch das Projekt inhaltlich zu unterstützen.

Darms-Landolt: An und für sich finde ich das Projekt „sinergia“ sinnvoll und ich gedenke, es zu unterstützen. Beim Lesen der Botschaft sind mir jedoch zwei Sätze besonders aufgefallen. Einmal auf Seite 622 wo steht, dass im Projekt zehn Prozent Raumreserve enthalten sind und dann auf Seite 635 wo steht, ich zitiere: „Es werden keine Arbeitsplätze der kantonalen Verwaltung ins Zentrum verlegt.“ Schön und gut, dass das so in der Botschaft steht. Trotzdem, als erfolglose Kämpferin für den Erhalt der Pflegefachschule in Ilanz läuten bei mir die Alarmglocken. Wie mir ehemalige Grossratskollegen berichteten, wurde damals bei der Diskussion ums BGS ähnliche Zusicherungen gemacht, jedoch, wie wir inzwischen wissen, leider nicht eingehalten. So bin ich nun ein gebranntes Kind und möchte es von der Regierung nochmals in aller Deutlichkeit bestätigt wissen, dass das neue Verwaltungszentrum zwar zu einer Zentralisierung der Arbeitsplätze innerhalb der Stadt Chur führt, nicht aber von den Regionen ins Zentrum. Ich bin für Eintreten.

Michel (Davos Monstein): „sinergia“ hat, wie wir gehört haben, Vor- und Nachteile. Auch die Synergie in sich hat Vor- und Nachteile. Wir sehen in der Regel nur die Vorteile. Aber das ist die Sicht von dem, der es organisiert, nämlich kostengünstiger produzieren bei gleicher Leistung. Wenn wir die „sinergia“, also das Projekt jetzt, genauer anschauen, dann wird hier von den Gegnern zum Teil bestritten, dass wirklich eine Synergie vorhanden ist, die die Mehrkosten, die der Bau verschlingt, effektiv ausgewiesen ist. Aber, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, es ist ganz wichtig, dass wir in diesem Punkt die Rechnung nicht ohne den Wirt machen. Und der Wirt ist das Volk. Das heisst, wenn es offene Fragen gibt, und die gibt es offenbar, denke ich, dass auch zu Gunsten des Projekts „sinergia“ wir uns diese Zeit nehmen sollten, dass die Kommission nochmals diese Fragen beantwortet, damit wir allenfalls bei einer Volksabstimmung die besseren Karten haben. Denn sehen Sie, viele mögen sich noch erinnern, bei der Sanierung der Kantonsschule haben wir hier im Rat grossmehrheitlich oder fast einstimmend zugestimmt und schlussendlich ist ein Nein draus geworden. Darum, wie gesagt, ich finde den Vorschlag, wenn’s wirklich offene Fragen gibt, nach den Ausführungen der Regierung, dass man’s an die Kommission zur Überarbeitung zurückweist.

Felix: Vor- und Nachteile des Projektes „sinergia“ liegen auf dem Tisch. Sie lagen bereits im Jahre 2009 im Wesentlichen auf dem Tisch. Und das Überwiegen der

Vorteile führte den Grossen Rat dazu, die Immobilienstrategie generell und das Weiterverfolgen des Vorhabens „sinergia“ im Speziellen grossmehrheitlich zuzustimmen. Der Forderung des Grossen Rates nach Etaprierung wurde Rechnung getragen. Wir können heute über eine erste und über eine zweite Etappe zu einem späteren Zeitpunkt befinden, ohne dass die Realisierung der ersten Etappe die Ausführung der zweiten Etappe präjudizieren würde. Die angewandten Berechnungsmethoden basieren auf Grundlagen anerkannter Baunorm. Wenn wir nun hingehen und bei einem Projekt mit einem Wirkungshorizont von fünf Jahren für die erste Etappe oder von zehn Jahren für die zweite Etappe über die Modalitäten der Wirtschaftlichkeitsberechnung uns streiten, dann streiten wir um des Kaisers Bart, weil die effektive Effizienz dieses Projektes ist mit davon abhängig, was passieren würde, mit Mietverhältnissen, die aufgelöst werden durch die Vermieterschaft seitens des Kantons und was nachher mit diesen Arbeitsplätzen geschehen würde, wenn man eben „sinergia“ nicht realisieren würde. Diese Unschärfe, die kann man auch mit einer Wirtschaftlichkeitsberechnung, wie sie von den Spezialisten da angebeht wurde, diese Unschärfe kann man in keinem Fall beseitigen bei einer Wirkungstiefe auf zehn Jahren, wenn wir da von der zweiten Etappe reden. Und ich gehe wohl auch nicht fehl in der Annahme, dass die Gegner des Projektes auch mit einer genaueren Wirtschaftlichkeitsberechnung, wie sie jetzt gefordert wird und die vielleicht in einem halben Jahr dann vorliegen wird, dass sie auch bei einer genaueren Berechnung diese mit den genau gleichen Argumenten in Zweifel ziehen würden und allenfalls das Projekt eben auch bekämpfen werden. Dies würden sie auch in einer Volksabstimmung wahrscheinlich so machen. Meine Damen und Herren, sagen Sie heute offen und ehrlich Ja oder Nein zu diesem Projekt. Das kann man. Ich bin der Meinung, die Fakten liegen auf dem Tisch. Man kann in guten Treu und Glauben, dazu Ja sagen, man kann auch, aus meiner Sicht, mit weniger guten Treu und Glauben dazu Nein sagen. Aber sagen wir heute, was wir von dem Projekt halten, damit die Weiterbearbeitung an die Hand genommen werden oder die Vorlage eben dem Volk unterbreitet werden kann, wenn wir mehrheitlich der Meinung sind, man solle es tun. Den Umweg über die etwas scheinheilige Forderung nach einer pseudogenauen Berechnung brauchen wir deshalb nicht. Auch das hat mit Effizienz und Synergie zu tun. Treten Sie auf die Vorlage ein und stimmen Sie dem Vorhaben zu.

Heinz: Trotz der gut dokumentierten Botschaft der Regierung erlaube ich mir einige Bemerkungen. Nun, für die Realisierung des Projektes inklusiv des geplanten regionalen Zentrums werden sehr viele Mittel gebunden, obwohl wir die schon fast gesprochen haben und es auch aufgeht. Aber weiter müssen wir wissen, dass demnächst uns auch eine Botschaft vorliegen wird vermutlich, wie wir das mit den Gefangenen, beziehungsweise ein neues Strafvollzugsgebäude erstellen müssen, ausser wir sind bereit, gewisse Gefangene in einen anderen Kanton zu verlegen. Nicht zuletzt die Tagespresse, wie unser Finanzminister im letzten Dezember auch erklärt hat, dass wir langsam aber sicher in den roten Bereich kommen

würden mit den Budgetdefiziten in den nächsten Jahren und da muss natürlich schon etwas passieren. Und wir müssen schauen, wie wir das Ganze unter einen Hut bringen können. Steuererhöhungen oder ein Sparpaket, das möchte ich auf jeden Fall nicht mehr. Also ich kann da Kollege Geisseler voll unterstützen in seinen Ausführungen, was das eigentlich heisst. Im Weiteren wünschte ich mir, dass beim Neubau nicht ein Architekt sich ein Denkmal verwirklicht, und sich dann noch als so genanntes geistiges Eigentum brüstet, vielmehr gilt es, ein zeitgerechtes Gebäude für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu erstellen. Denn negative Beispiele kennen wir ja schon von der Kantonsschule, die Katakomba am Plantahof, oder nicht zuletzt, wenn wir da wieder zu der Türe hinausgehen.

Eigentlich ist es schade, dass wir nicht gewisse Bündner Architekten grad von Anfang an in die Testplanung miteinbezogen haben. Zudem stellt das Gebäude, das meine ich so förmlich, auch ein kleines Klumpenrisiko dar für unzufriedene Bürger. Denn wir können das Gebäude schon so absichern, dass man immer weiss, wer da rein geht oder dass nur diejenigen reingehen können, die vorangemeldet sind, aber dann ist das Gebäude nicht mehr wie in der Botschaft erwähnt, sehr bevölkerungs- und kundenfreundlich. Nun, in den Bereichen der Energieeffizienz wird ja viel getan und das begrüsse ich auch. Aber es darf dann nicht sein, dass wir schlussendlich alles über Ventilatoren regeln, denn das kennen wir ja zum Teil aus Zivilschutzanlagen oder auch aus der Landwirtschaft. Ich möchte aber auch die Boten und Landamman Michel ganz und voll unterstützen, dass wir uns gut überlegen, ob wir es nicht evt. wieder an die Kommission zurücksenden sollten, das ganze Geschäft. Es bleibt zu hoffen, wenn alle Hürden überwunden sind, dass das Machbare vom Wünschbaren realisiert werden kann. Ich bin für Eintreten.

Marti: Ich habe jetzt lange zugehört und komme eigentlich zum Schluss, dass es zwei Punkte gibt, die wirklich diskutiert werden müssen. Der eine Punkt ist, ob das Projekt tatsächlich kostengünstiger ist, als die heutige Lösung. Hier ist offensichtlich, dass die Botschaft zu wenig genau Auskunft gibt. Ich muss hier Ratskollege Tscholl Recht geben, der diese Punkte bemängelt hat und hier ist eine nochmalige Berechnung aus meiner Sicht zwingend, weil immerhin, Ratskollege Felix, wir müssen unseren Mitbürgerinnen und Mitbürgern auch aufzeigen können, ob es tatsächlich günstiger kommt oder nicht. Wenn es nicht günstiger kommt, kann man sich zu Recht fragen: Ist es berechtigt, so viel Geld auszugeben? Wenn es günstiger kommt, dann wiederum kommt man zum Schluss, dass es berechtigt ist, Geld auszugeben. Vor allem, wenn man noch bedenkt, dass gewisse Vorteile damit verknüpft sind wie z.B. Energiegewinne usw. und so fort. Das zweite Argument, das wirklich zieht und das man genau anschauen muss, das ist, ob die Innenstadt von Chur darunter leidet oder nicht. Argumente der Arbeitsplatzgesundheit, ich glaube da sind Philosophien dahinter. Grossraumbüros, nicht Grossraumbüros etc., da kann man lange darüber streiten, ob es gesünder ist, in einem Einzelbüro zu arbeiten oder nicht. Ich persönlich würde nicht gerne 40 Jahre in einem Einzelbüro arbeiten,

sondern lieber auch etwas mehr soziale Kontakte dann haben. Auch die Verkehrssituation in Chur kann man nicht wirklich nennen, weil die Verkehrssituation in Chur, die ist heute schon schlecht, die muss man heute schon verbessern. Dann kann man's auch in dem Zuge tun, wo dann dort auch neue Arbeitsplätze entstehen.

Nun zurück zur Frage der Churer Altstadt. Und Ratskollege Rathgeb hat darauf hingewiesen, dass er ein heruntergekommener Churer sei. Ich sage Ihnen, in der Frage der Churer Altstadt sind wir alle Churer. Weil das ist ein Aushängeschild für unseren Kanton. Die Altstadt der Kantonshauptstadt muss attraktiv sein. Das ist gar keine Frage. Aber ist sie denn heute attraktiv, weil wir so viele Arbeitsplätze des Kantons in der Innenstadt haben? Ist denn das heute so? Stehen denn heute nicht schon Flächen leer in der Churer Altstadt, weil eben neue Einkaufszentren entstehen? Weil offensichtlich eine Tendenz dazu besteht, nicht in der Innenstadt einzukaufen, sondern in den neu gebauten, modernen Einkaufszentren ausserhalb der Stadt. Und wenn meine Churer Ratskolleginnen und Ratskollegen sich sorgen um die Entwicklung der Innenstadt, dann müssten Sie eigentlich erst recht dann reklamieren, wenn solche grosse Einkaufszentren gebaut werden. Denn es sind vor allem Ladenflächen, die leer stehen und die dann eben ein schlechtes Bild abgeben für die Innenstadt. Und dann sollte man sich überlegen, ob dann wirklich das so ist, dass die Büroflächen, die dann eventuell leer stehen könnten, tatsächlich der entscheidende Punkt sind.

Ich glaube, man sollte sich fragen, ob wir die Altstadt gut erschlossen haben, dass man dort einkaufen gehen kann. Man sollte sich fragen, welche Leute in der Innenstadt mehr konsumieren. Sind es beispielsweise Studenten? Sind es Geschäftsleute? Sind es Beamte? Ich kann die Frage nicht eins zu eins beantworten, aber etwas ist ganz eindeutig. Die Altstadt muss sich verändern. Wenn sie sich nicht verändert, wenn wir an dem festhalten, was wir heute haben, dann wird die Altstadt langsam ausbluten. Aus diesem Grund meine ich, es wäre eine sehr grosse Chance, hier neu anzufangen. Der Bahnhof Chur wurde erwähnt von einem Ratskollegen. Wir hatten dort einmal Arbeitsplätze von der SBB. Und als diese geschlossen wurden, gab's ein Wehklagen, was wir dort verlieren. Aber in der Zwischenzeit ist dort ein ganz neues Zentrum entstanden mit viel mehr Arbeitsplätzen als vorher. Wenn die Arbeitsplätze des Kantons in der Innenstadt wegfallen, so bin ich überzeugt, werden andere Unternehmungen nach Chur kommen und sich hier ansiedeln. Wenn Wohnraum frei wird, der heute durch Büroflächen besetzt wird, werden Leute dorthin wohnen kommen. Es gibt heute schon Anfragen für diese Wohnungen, für diese Häuser, die jemand bewohnen möchte, wo man bauen möchte, wo man wohnen möchte. Wohnen in der Innenstadt von Chur kann sehr attraktiv sein. Das gäbe Chancen. Es gäbe Chancen für Kinder, die wieder in der Innenstadt aufwachsen könnten und nicht nur in den Aussenquartieren oder nur in den Aussenquartieren sind. Ich glaube, die Chancen, meine Damen und Herren, die überwiegen für die Churer Altstadt und ich bin überzeugt, dass die Sorgen meiner Ratskolleginnen und Ratskollegen um die Churer Altstadt dann schwinden werden, wenn sie genauer fragen: Ja was sind denn

die Gründe, dass wir in der Altstadt heute zu wenig Frequenzen haben? Sicherlich ist es nicht so, dass es erhalten bleibt, nur wenn wir die Arbeitsplätze des Kantons dort erhalten. Aus diesem Grund, lassen wir uns nicht täuschen von Argumenten, die in der Sache eigentlich nicht wirklich relevant sind, sondern schauen wir genau hin. Ich bin überzeugt, Chur verdient und die Churer Altstadt verdient die Chance zu einer Neupositionierung und das kann so wirklich erreicht werden. Stimmen Sie deshalb grundsätzlich „sinergia“ zu, aber geben Sie die Vorlage zur Überarbeitung zurück, dass das Zahlenmaterial so nicht vor eine Volksabstimmung kommen darf und so nicht genügt.

Thöny: Um nicht allzu lange zu werden vielleicht noch zwei Punkte zur Ergänzung und damit vielleicht auch anknüpfend an Kollega Marti. Das Letzte, was er gesagt hat, das war jetzt genau der Punkt, der für mich eigentlich noch eine recht grosse und entscheidende Rolle spielt. Es geht nämlich darum, dass eine solche Änderung in der Altstadt durchaus auch Chancen bietet. Und Chancen sind nicht immer nur Gefahren. Chancen sind tatsächlich auch Gelegenheiten. Und gerade im Bereich des Wohnraums gibt es tatsächlich, meine ich, Handlungsbedarf, auch in der Altstadt Chur. Sie haben erwähnt, es gibt Familien allenfalls, es gäbe Kinder, es gäbe eine Wiederbelebung. Das würde der Altstadt wirklich gut tun. Das Ganze würde aber nur dann auch eintreffen, wenn man die Objekte, die dann frei werden, nicht einfach der Spekulation preisgeben würde, wenn man nicht einfach auf Gewinnmaximierung streben würde, sodass dort entsprechend dann auch Wohnraum geschaffen werden könnte. Und da hätte ich gern vom Herrn Regierungsrat eine entsprechende Aussage, wie man gedenkt damit umzugehen mit den Liegenschaften, die dem Kanton selbst gehören, was man mit denen im Anschluss macht.

Das Zweite: Auch da geht es um Menschen, natürlich geht es um Optimierungen auch in der Finanzierung, auch in den laufenden Kosten in der Finanzierung, es geht aber auch um die Möglichkeit, arbeiten zu können und um die Möglichkeit, einen Kantonsbetrieb führen zu können. Die Amtsführung wird tatsächlich in einem solchen Neubau erleichtert. Ich glaube, in keiner Unternehmung würde man einen solchen Zustand auf längere Zeit einfach akzeptieren und von Pontius zu Pilatus rennen um seine Mitarbeitenden in irgendeiner Art und Weise noch führen zu können. Ich glaube auch, unter dem Postulat der Effizienz ist es angesagt, diesem Projekt zum Durchbruch zu verhelfen. Nicht zuletzt würde damit auch die Arbeitssituation der Mitarbeitenden wesentlich verbessert. Aus diesen zwei Hauptgründen bitte ich Sie, dieses Projekt zu unterstützen.

Nigg: Eine Vorbemerkung. Ich bin etwas befangen, weil bei uns in Landquart ebenfalls gerade ein Regionalzentrum für den Kanton projektiert wird. Trotzdem folgende kurze Bemerkungen. Ich sehe das aus den Voten vorher, dass ich die einfach machen muss. Erstens. Die 113 Millionen Franken, die veranschlagt sind, sind zu teuer. Wenn ich vergleiche mit Projekten, wie sie bei uns in Landquart entstehen, dürfte ein Gebäude für etwa 670

Arbeitsplätze nur gerade umgerechnet zirka 70 Millionen Franken kosten. Dann sind die 100 Millionen Franken zu viel, angesichts der Tatsache, dass mit der Vorstellung des Budgets ja auf sieben schwache Jahre oder schwächere Jahre hingewiesen wird. Ich stelle nur fest, dass ja mit dem Nationalbankgeld in Zukunft nicht zu rechnen ist. 100 Millionen oder über 100 Millionen Franken sind auch darum zu viel, sie verursachen im Jahr zehn Millionen Franken Abschreibungen. Sind auch darum zu viel, weil sie nicht in Wertschöpfungsbetriebe investiert werden, Dienstleistungsbetriebe respektive die Kantonale Verwaltung macht ja keine Wertschöpfung. Viel nötiger wäre es, wenn man die 100 Millionen Franken in unseren wichtigsten Industriezweig, in den Tourismus investieren würde. Die haben es nämlich tatsächlich nötiger im nächsten Jahr.

Dann wird das Minergie-Plus-Haus propagiert. Man weiss ja, das ist ja allgemein bekannt, dass Minergiehäuser im Moment fast mehr Energie brauchen als normale, nach herkömmlicher Art und Weise erstellte. Mit den neusten Techniken allerdings gebaute Häuser über diesen, da könnten natürlich die Verantwortlichen der Pensionskasse ein Lied davon singen, sind dann bei diesen Minergiehäusern die Unterhaltskosten wesentlich teurer als bei anderen Häusern. Darum sind sie beispielsweise bei der Kantonalen Pensionskasse viel schlechter vermietbar als die herkömmlichen Häuser. Ich bin für Rückweisung des Projekts, also Eintreten und Rückweisung. Alleine schon dieses Blatt, das heute auf den Tisch gekommen ist, zeigt, wie dilettantisch und unprofessionell alles angegangen worden ist. Dilettantisch kommt mir auch etwas vor, dass die Regierung versucht hat, mit einer Informationsveranstaltung und anschliessendem Aperitif das kantonale Personal für das Projekt zu gewinnen, was, wie ich höre, überhaupt nicht gelungen ist. Dann vielleicht noch ein Wort zu Herrn Marti. Er hat die Altstadt gelobt. Nehmen Sie sich ein Beispiel an der Altstadt St. Gallen. Hier haben der Kanton und die Stadt die Innenstadt belebt und wir haben heute eine hervorragende und schöne Altstadt St. Gallen. Sie haben die Innenstadt belebt, indem Sie eben ganze Verwaltungszweige in das Klosterquartier gebracht haben oder in die Innenstadt gebracht haben. Also wir haben heute in St. Gallen eine sehr belebte und beliebte Altstadt, die wunderbar ist. Also Chur könnte sich daran ein Beispiel nehmen und die Altstadt auch noch, die sehr schöne Altstadt auch noch weiter verbessern. Ich bin also für Eintreten aber dann für Rückweisung des Projektes.

Standespräsident Bleiker: Ich erlaube mir die Frage, wie viele Rednerinnen, ich sehe es sind mehrere. Also wir schalten hier eine Pause ein. Ich habe aber Ihnen eine wichtige Mitteilung zu machen. Es ist eine dringliche Anfrage eingegangen der SP-Fraktion betreffend Einführung eines flächendeckenden Einheimischentarifs für Bergbahnen im Kanton Graubünden. Die Präsidentenkonferenz wird jetzt in dieser Pause tagen und zuhänden des Rates eine Empfehlung abgeben, ob diese Anfrage als dringlich zu erklären ist oder nicht. Unmittelbar nach der Pause werden wir zuerst über die Dringlichkeit dieser Anfrage abstimmen. Wenn Sie diese Anfrage dring-

lich erklären, muss diese noch in dieser Session behandelt werden. Wir machen hier eine Pause bis 16.20 Uhr.

Dringliche Anfrage Peyer betreffend Einführung eines flächendeckenden Einheimischentarifs für Bergbahnen in Graubünden

Standespräsident Bleiker: Wir fahren weiter mit den Behandlungen. Ich habe Ihnen vor der Pause angekündigt, dass eine dringliche Anfrage eingegangen ist. Darf ich um Ruhe bitten? Gemäss Art. 66 GGO können Anfragen vom Grossen Rat dringlich erklärt werden, wenn sie spätestens an der Eröffnungssitzung einer Session eingereicht werden. Das ist geschehen. Wenn Dringlichkeit beschlossen wird, wird diese Anfrage noch in der gleichen Session behandelt. Die Präsidentenkonferenz hat in der Pause getagt und mit sechs gegen eine Stimme beschlossen, diese Anfrage als nicht dringlich zu erklären. Die Begründung ist wie folgt. Die Präsidentenkonferenz ist der Meinung, dass die Regierung, die auch involviert ist, über die Auswirkungen, die diese Anfrage hätte, bis Mittwoch keine ausreichend fundierten Abklärungen treffen wird können. Ebenfalls ist man der Meinung, dass diese Massnahmen, die in dieser Anfrage gefordert sind, auf die nächste Saison kaum werden umgesetzt werden können, weil ja hier auch in privatwirtschaftliche Betriebsabläufe eingegriffen wird. Bergbahnen sind private Unternehmungen. Ausserdem hat ja an verschiedenen Orten der Vorverkauf der Saisonkarten schon begonnen. Das ist die Begründung der Präsidentenkonferenz. Wir sind so verblieben, dass eine Diskussion stattfindet zur Frage, ob dringlich oder nicht dringlich. Inhaltlich werden Sie diskutieren können, wenn die Anfrage als dringlich erklärt wird am Mittwoch, wenn sie nicht als dringlich erklärt wird, wenn sie gemäss ordentlichem Ablauf im Rat behandelt wird. Ich gebe hierzu das Wort Grossrat Peyer als Erstunterzeichner.

Peyer: Besten Dank, dass wir hier diese vielleicht kurze Diskussion führen dürfen. Natürlich hat der Standespräsident recht, wenn er sagt, die Diskussion sei zum Thema dringlich oder nicht dringlich. Sie werden das aber nicht ganz vom Inhalt abstrahieren können. Warum diese Anfrage? Alleine wenn Sie die letzten sieben Tage die Zeitung gelesen haben, haben Sie festgestellt, dass praktisch jeden Tag zum Thema ein grösserer oder kleinerer Artikel vorhanden war. Einerseits waren es Bergbahnen, die ihre Jahresabschlüsse oder die Ergebnisse von der Sommersaison bekanntgegeben haben und die meistens nicht sehr erfreulich waren. Andererseits war es ein grosses Interview mit dem Präsident von Bergbahnen Graubünden, der auf die Schwierigkeiten für die kommende Wintersaison hingewiesen hat. Und dann war es nicht zuletzt der Präsident von Graubünden Ferien, der schon im August zwei Millionen Franken mehr für Graubünden Ferien gefordert hat und dies jetzt heute noch einmal bekräftigt hat. Und natürlich die Regierung, die wie die GPK ja auch Gelder jetzt letztendlich bewilligt hat, Gelder aber notabene, zu denen wir der Grosse Rat nichts zu sagen haben werden. Wir können dann

diesen Nachtragskredit in der Dezembersession zur Kenntnis nehmen.

Natürlich, ein Einheimischtarif löst nicht die Probleme der Tourismusbranche im Kanton Graubünden. Aber in dem Moment, wo immer mehr öffentliche Gelder, also Steuergelder, von den Bündnerinnen und Bündner verlangt werden für eben diese Branche, sei es für Marketing, sei es für Infrastruktur, sei es für Graubünden Ferien, sei es für Destinationsbildung, sei es für Beschneigungsanlagen. In dem Moment denken wir, müsste doch etwas davon an die Bündnerinnen und Bündner zurückfliessen. Nicht zuletzt auch deshalb, und da haben wir auch entsprechende Rückmeldungen bekommen aus der Branche, weil eben die Bündnerinnen und Bündner nicht nur mit dem Tourismus an einen erfolgreichen oder meistens erfolgreichen Wirtschaftszweig hier haben, sondern weil sie eben auch die Negativseiten dieses Tourismus zu erdulden haben. Seien das z.B. hohe Mieten, sei es tiefe Löhne, sei es ein erhöhtes Verkehrsaufkommen usw. Aus diesen Gründen haben wir uns überlegt, wie können wir kurzfristig für unsere einheimische Bevölkerung etwas erreichen, das den Goodwill gegenüber dem Tourismus, der eben verstärkt mitfinanziert werden muss, mit öffentlichen Geldern stärken kann und dass das Geld im Kanton bleibt und einen kleinen Beitrag vielleicht auch dazu leistet, dass eben diese Wintersaison einigermaßen über die Runden kommt.

Deshalb sind wir der Meinung, weil das Thema aktuell ist, muss dieser Grosse Rat schnell darüber diskutieren können und das einzige schnelle Mittel, das wir parlamentarisch noch haben ist nun mal eine dringliche Anfrage. Die Anfrage hat keinen Inhalt, den die Regierung bis am Mittwoch nicht beantworten könnte. Es hat keine verbindlichen Aufträge darin, sondern es geht nur um die Frage, wäre dies ein Mittel, um auf diesen Winter umzusetzen? Wer das letztendlich finanzieren würde, das ist offen. Wir machen hierzu keine verbindlichen Vorschläge. Es sind Ideen und deshalb denken wir, dass es möglich ist, dringlich bis am Mittwoch erste Antworten von der Regierung zu bekommen und wir denken, dass es richtig wäre, wenn sich der Grosse Rat, bevor eben die Wintersaison schon vorbei ist, mit dem Thema beschäftigen würde. Deshalb bitte ich Sie, diese Anfrage für dringlich zu erklären, damit wir am Mittwoch eine Debatte abhalten können.

Standespräsident Bleiker: Besten Dank. Weitere Wortmeldungen vorwiegend zum Argument dringlich oder nicht dringlich? Herr Regierungsrat. Oh, Entschuldigung. Grossrat Jaag. Entschuldigung.

Jaag: Ich werde mich vorab zur Nichtdringlichkeit äussern. Da muss ich Ihnen eine Situation schildern, die mir schon etwas eingefahren ist. Ich war da vor einigen Tagen oder vor zehn Tagen im Hauptbahnhof Zürich angekommen mit dem Zug, nichtsahnend. Es ist Wahlkampf. Ich knüpfe an, an das was Sie gesagt haben beim Eintreten oder bei der Eröffnungsrede. Wie ich da vom Perron komme, erschlagen mich Plakate mit einer Werbewalze mit der Botschaft, Sie kennen die Botschaft Schwarz, Weiss, Rot, diese Scrollplakate, die immer wieder runter kommen, wieder rauf, wieder runter. Mas-

seneinwanderung stoppen, jetzt sei genug. Schwarze anonyme Stiefel trampeln im Gleichschritt über die ausgelegte Schweizerfahne und über die Köpfe der Reisenden. Ich möchte nicht allzu weit ausholen, ich möchte Ihnen einfach sagen, das ist die Begrüssungsbotschaft für unsere Gäste, die nach Graubünden anreisen. Das ist die Begrüssungsbotschaft für die Mitarbeitenden, die im nächsten Winter für unseren Tourismus arbeiten. Ohne die in der Bündner Volkswirtschaft am Spitalbett, im Altersheim, bei den Tourismusanlagen nicht mehr sehr viel geht. Und wir dürfen diese Zeichen nicht herab verniedlichen und da können wir lange den Jachen und den Gian bemühen mit weiteren drei Millionen Franken, dagegen anzulaufen. Da neutralisieren sich Kräfte und es wäre an der Zeit und dringend notwendig, dass wir da ansetzen und halt von einer anderen Seite kreativ und mit innovativen Ideen dem etwas entgegensetzen.

Ich führe noch ein zweites Argument an. Im nächsten Frühjahr wird über das Tourismusförderungsgesetz debattiert hier. Es ist nicht ganz ausgeschlossen, dass die Meinungen so gemacht werden, dass es schlussendlich zu einer Volksabstimmung kommen wird. Und da dürfen wir den Vorlauf, die Vorlaufzeit unsere Bevölkerung zu motivieren für den Anliegen des Tourismus nicht unterschätzen. Da müssen wir frühzeitig daran arbeiten und ich sage Ihnen, ich möchte da nicht ins Detail gehen, es gibt durchaus Faktoren, die der Bevölkerung, die nicht direkt mit dem Tourismus verhängt ist, durchaus auch Kopfzerbrechen bereitet und wenn wir da mit einer innovativen Idee mit dem Zeichen, doch, jetzt möchten wir auch die einheimische Bevölkerung mit einbeziehen in unseren Tourismus, Standortfaktoren als solche stärken, dann müssen wir jetzt dahinter. Dann müssen wir die Hände aus dem Hosensack nehmen und etwas zeigen. Ich bitte Sie, unterstützen Sie die Dringlichkeit unserer Anfrage.

Kunz (Chur): Der Vorstoss von Grossrat Peyer zeigt vor allem eines und das zeigt, wie ungemein gefährlich es ist für die Privatwirtschaft mit öffentlichen Geldern zu spielen oder wenn die Privatwirtschaft wiederholt oder Exponenten der Privatwirtschaft für ihren Sektor öffentliche Gelder abholen wollen. Genau das entsteht. Es entstehen Begehrlichkeiten, Abhängigkeiten, die Politik will mitreden, sie will die Art des Tourismus bestimmen, sie will mehr Gewicht haben. Und in dieser Linie ist natürlich die SP hier sehr konsequent. Sie gestatten mir, dass ich natürlich genau das Gegenteil für richtig halte. Und das ist nämlich die Grundsatzfrage, die kein Schnellschuss sein darf. Und die ist die. Wie viel Staat erträgt unser Tourismus? Da müssen wir uns wirklich einmal fragen, was ist richtig, welches ist das gesunde Mass? Ist es überhaupt richtig zu investieren? Was wir jetzt verlangen, geht das nicht schon zu weit? Und ich meine auch, dass jede Branche im Kanton damit fertig werden muss, Krisen zu überleben, Krisen zu bewältigen, ohne dass der Staat irgendwo mit speziellen Pflastern hilft. Schauen wir dafür, dass wir Gesetze schaffen, dass wir Rahmenbedingungen schaffen, dass wir Erleichterung geben, die allen hier im Kanton nützen und nicht nur ganz branchenspezifische Lösungen aufschieben. In diesem Sinne kann ich nicht der Meinung sein, dass wir

jetzt hier in einem Schnellschuss uns noch einmal hier in die Tourismuswirtschaft einbringen, sondern wann, dann diskutieren doch einmal ganz grundsätzlich wie viel Staat soll es denn im Tourismus tatsächlich sein. Aber in diese Richtung soll und darf es nach meinem Dafürhalten nicht gehen.

Jeker: Auf den ersten Blick möchte man meinen, es sei das Dringendste der Welt. Das ist es natürlich nicht. Zum zweiten. Wir wissen, dass das Wirtschaftsentwicklungsgesetz, die Revision in Arbeit ist und dieser Diskussion dürfen wir auf keinen Fall vorgreifen. Zum zweiten. So dringend ist es nicht. Und zwar aus folgendem Grund. Es ist ein praktischer Grund. Die Vorverkäufe hauptsächlich auch der Einheimischen, die ist schon längst abgeschlossen. Die läuft im Frühling an und hört im Sommer auf. Das ist erledigt. Also für nächsten Winter müssen wir in diese Richtung keine grossen Bemühungen machen. Zum dritten. Entscheidend ist auf keinen Fall die Einheimischgeschichte, sondern die Wertschöpfung als Ganzes. Die ist entscheidend. Und die Dringlichkeit ist für mich also absolut nicht gegeben. Speziell nicht bei den Einheimischentartarifen, weil eben dort das schon längst geregelt ist. Jede Talschaft hat irgendwo einheimische Tarife. Das ist schon längst abgedeckt. Also ich bin der Meinung, das ist also wirklich nicht das Dringendste der Welt.

Parolini: Mein Vorredner Leo Jeker hat an sich das Wichtigste gesagt bezüglich der Dringlichkeit. Ich bin auch der Meinung, dass es überhaupt nicht so dringlich ist bezüglich des Einheimischentartarifs. Wenn schon können die Gemeinden die Einheimischentartarife noch beeinflussen bei ihren Bergbahnen. Das Beispiel meiner Gemeinde. Z.B. für die Schulkinder: Seit Jahren stützt die Gemeinde die Billette, die Saisonkarten der einheimischen Schulkinder mit 100 Franken. Es ist auch ein beträchtlicher Beitrag, der da gesprochen wird, vor allem um die Schulkinder, die einheimischen Schulkinder auf die Piste zu bringen. Aber dringlich ist jetzt an sich nur, dass die Wahlen am nächsten Sonntag stattfinden und deshalb diese Anfrage jetzt da platziert wurde. Denn für den Tourismus kann man in der momentanen Situation viel mehr herausholen mit der Werbung. Und ich bin an sich gleicher Meinung wie Christoph Jaag, der gesagt hat, was für eine schlechte Werbung, eine politische Werbung, die Jetzt-Ist-Genug, Stopp-Der-Masseneinwanderung, das ist Imageschädigend. Und in diesem Zusammenhang ein Beispiel von Deutschen Touristen, die sich dieses Plakat angeschaut haben und mir gesagt haben, damit sind sicher die Afrikaner gemeint. Und ich musste Ihnen sagen, nein, das sind eben die EU-Bürger vor allem gemeint mit diesem Plakat. Und da müssen wir jetzt halt Geld einsetzen, um mit der Werbung das zu kompensieren, imagemässig, sei es Schweiz Tourismus oder auch Graubünden Ferien. Aber diesen Vorstoss dringlich zu erklären, um allen einheimischen Bündnerinnen und Bündnern mit einem reduzierten Bahnbillet Skifahren ermöglichen zu können, das wäre am falschen Ort und zum falschen Zeitpunkt. Werden Sie aktiv auf kommunaler Ebene, wenn Sie so etwas anstreben wollen. Und die Begründung von Kollege

Peyer, dass man der Bevölkerung etwas zurückgeben sollte, weil sie mit mehr Verkehr und mit höheren Mieten etc. konfrontiert werden, das ist für mich komplett der falsche Ansatz. Wo wäre die Bündner Bevölkerung, wenn wir keinen Tourismus hätten? Wir hätten viel weniger Arbeitsplätze und von daher ist das noch einmal der falsche Ansatz, die falsche Begründung.

Davaz: Ich verstehe die Nervosität der Grossräte Jaag und Parolini vor den Wahlen. Aber nutzen wir doch jetzt die Gelegenheit über diese dringliche Anfrage zu diskutieren und nicht über irgendwelche Masseneinwanderungen. Wir können diese Frage schon diskutieren. Aber während den Wahlen, während dem Abstimmungskampf, Wahlkampf haben Sie es verweigert. Also verschieben wir es nach den Wahlen. Und dann machen wir zusammen eine gute Auslegeordnung und werden Vor- und Nachteile dieser Einwanderungspolitik dann miteinander beurteilen. Aber jetzt ist es nicht der Moment dazu. Jetzt wollen wir über dieses Ding entscheiden und dann schauen wir weiter. Aber eben. Es ist eine Woche, sieben Tage vor den Wahlen. Einige Herren sind sehr nervös, verstehe ich. Aber es ist jetzt nicht der Zeitpunkt dazu.

Regierungsrat Trachsel: Über Dringlichkeit oder Nichtdringlichkeit entscheiden Sie. Wir machen dann was Sie entscheiden. Das ist klar. Die Regierung ist der Knecht des Grossen Rates und wir werden tun was Sie entscheiden. Ich stelle einfach fest, offensichtlich ist es so dringlich, dass man vorher mit uns nicht gesprochen hat. Wir konnten keine Vorbereitungen treffen. Ich werde das tun, was Sie dann entscheiden. Es ist aber so, natürlich sind keine verbindlichen Vorschläge, wie Grossrat Peyer sagt. Im Text steht von einem Pilotprojekt. Ich muss Ihnen dann bis Mittwoch etwas Verbindliches sagen, sonst können Sie ja nicht abstimmen. Ob Sie es dann übernehmen oder nicht. Ich muss ja dann konkret werden. Und ich muss vorher noch eine Regierungssitzung machen. Ich kann nicht alleine entscheiden. Es ist eine Antwort der Regierung. Schon an diesem Punkt sehen Sie, dass sehr viel Inhalt gar nicht zusammengetragen werden kann, es wurde ja angetönt, die Frage Einheimischentartarifs ist relativ komplex, einige haben – aber in unterschiedlicher Art und Weise – und einige haben nicht. Und Pilotprojekt ist auch noch heikel, wenn ich einfach jetzt aus dem hohlen Bauch etwas sage, wenn ich es mit den Oberengadiner Bergbahnen mache, weil ich die gut kenne, ist es für sie sehr wahrscheinlich weniger schwierig, weil wenige aus Gebieten kommen, die nicht schon einheimisch sind. Wenn ich es mit einer Bahn in der Lenzerheide mache, sieht das schon ein bisschen anders aus. Weil dort das Rheintal eine andere Bedeutung hat. Aber Sie sehen, so ganz einfach in kurzer Zeit Ihnen eine doch ein bisschen ausführlichere Antwort zu geben, ist praktisch nicht möglich. Das Zweite ist die Frage der Wirkung bei einem Pilot. Nimmt man eine Kleinbahn als Pilot, ist die Wirkung relativ bescheiden, die Kosten auch. Nimmt man eine grössere, sind die Kosten sehr wahrscheinlich recht beträchtlich. Aber ich kann es Ihnen bis morgen auch nicht sagen. Und darum, Sie müssen selber entscheiden.

Aber ich glaube, eine Wirkung auf nächsten Winter zu erzielen, verschiedene Redner haben es gesagt, ist praktisch unmöglich. Die Frage ist auch, ist es das richtige Instrument. Und darum zweifle ich an der Dringlichkeit. Also wenn ich Ihnen persönlich eine Meinung, einen Tipp mitgeben darf, lehnen Sie die Dringlichkeit ab. Es ist ja dann der SP-Fraktion unbenommen, diese Anfrage trotzdem einzureichen und dann werden wir die Anfrage auch anschauen, seriös anschauen. Dann auf übernächste Saison können wir dann immer noch beschliessen, was wir machen wollen.

Peyer: Vielleicht zwei, drei Bemerkungen zu dem was gesagt wurde. Zuletzt zu Regierungsrat Trachsel. Wenn Sie sagen, wir hätten nicht mit Ihnen gesprochen, dann stimmt das nur halbwegs. Wir haben schon in unserer Vernehmlassung zur Tourismusfinanzierung, die wir ja immer unterstützt haben von der SP gefordert, dass dieses Anliegen geprüft wird. Hier haben wir von Ihnen bis heute noch nichts dazu gehört. Also das Anliegen ist nicht neu. Wir haben das schon mehrfach gebracht. Dass es schnell ist auf Mittwoch, da gebe Ihnen Recht, da komme ich am Schluss nochmals darauf zurück. Zwei Sachen möchte ich doch sagen. Grossrat Parolini und Jeker sagen, es sei nicht dringlich. Gleichzeitig ist es aber dringlich, mit einem Nachtragskredit für Graubünden Ferien drei Millionen Franken zu sprechen. Da müssten wir uns dann vielleicht tatsächlich, und da gebe ich Grossrat Kunz Recht, einmal überlegen, ja was wollen wir jetzt. Zweiter Punkt. Es wurde gesagt, das Wichtigste sei jetzt nicht ein Einheimischtarif sondern Werbung. Ja schauen Sie, Sie können noch so viel Werbung machen, wegen dem wird das Skifahren nicht günstiger für die Bündner Bevölkerung. Und wenn der Präsident von Graubünden Ferien in der Südostschweiz vom 2. September 2011, also vor gut einem Monat sagt, ihm mache die Tatsache Sorge, dass sich immer weniger Familien den Wintersport leisten könnten, dann können Sie auch sechs Millionen Franken in die Werbung hineinbuttern, es kommen deshalb nicht mehr Leute, weil sie es sich nicht leisten können.

Hier setzt unser Vorschlag an. Und ich danke allen, die sich geäussert haben. Niemand hat nämlich widersprochen, dass es sinnvoll wäre, den Einheimischtarif einzuführen und zwar flächendeckend. Das heisst eben nicht, dass die St. Moritzer im Oberengadin günstiger fahren können und die Arosener in Arosa und die Davoser in Davos, sondern dass eben alle Bündnerinnen und Bündner im gesamten Kanton bei allen Anlagen einen Einheimischtarif hätten. Nun ich gehe davon aus, Sie werden diese Anfrage nicht für dringlich erklären. Ich bedauere das ein bisschen. Die Diskussion wird aber sicher weitergehen. Wenn Sie sie nicht für dringlich erklären, dann werden wir sie nachher zurückziehen, weil wir haben noch einen weiteren Vorstoss im Köcher. Der wird dann in der Februarsession behandelt. Es ist ein Auftrag, der ist dann verbindlich. Und dann werden wir dann tatsächlich die grosse Auslegeordnung machen können und dann werden wir schauen, wer dann mit genügend Zeit zum Überlegen der Regierung genügend Zeit zum vorbereiten gegeben zu haben, immer noch findet, das sei nicht so wichtig, Hauptsache wir würden

alle anderen bewerben, aber für uns würden nur die negativen Folgen des Tourismus bleiben. In diesem Sinne danke ich Ihnen trotzdem für die Debatte. Ich bin nach wie vor der Meinung, dringlich wäre richtig.

Standespräsident Bleiker: Sind weitere Wortmeldungen? Dies scheint nicht der Fall zu sein. Dann stimmen wir ab. Wer die dringliche Anfrage der SP-Fraktion betreffend Einführung eines flächendeckenden Einheimischentarifs für Bergbahnen im Kanton Graubünden als dringlich erklären möchte, möge sich bitte erheben. Wer dies nicht tun möchte, möge sich bitte erheben. Sie haben diese Anfrage mit 12 zu 84 Stimmen als nicht dringlich erklärt.

Abstimmung

Der Grosse Rat lehnt die Dringlichkeit der Anfrage Peyer mit 84 zu 12 Stimmen ab.

Verwaltungszentrum – Projekt «sinergia» (Botschaften Heft Nr. 5/2011-2012, S. 613) (*Fortsetzung*)

Eintreten (Fortsetzung)

Standespräsident Bleiker: Wir fahren fort mit dem Geschäft „sinergia“. Als nächster Redner hat sich bei mir Grossrat Gasser gemeldet.

Gasser: Die Luft ist jetzt natürlich ein bisschen draussen, nachdem auch Grossrat Nigg, Doppel-G, ah, jetzt ist er gekommen. Aber es ist etwas Distanz im Moment hat es mich wirklich gekribbelt. Ich habe gesagt, nein, ich wollte also hier nichts sagen, aber da möchte ich schon etwas dazu sagen, wenn er sagt, dass ein Minergie-P-Bau sogar mehr Energie brauche als irgendein konventioneller Bau. Also wir müssen langsam aufpassen mit solchem Unsinn. Ich stelle das einfach immer wieder fest, dass diese Kreise im Bereich Energie wirklich, ich weiss nicht, von gestern oder noch von vorgestern sind und solche Dinge zu verbreiten ist einfach unverantwortlich. Das stimmt nun einfach nicht. Da können Sie Messungen sehen. Ich kann Ihnen eigene Gebäude zeigen. Das stimmt absolut nicht. Das ist ein Unsinn. Ich möchte nur noch ganz kurz zwei Sachen sagen. Das eine ist, ich bin auch Churer, nein ich bin nicht Churer Bürger, aber ich wohne in Chur, in der Altstadt und ich bin an sich sehr froh um eine lebendige Innenstadt. Und zwar so eine Innenstadt, die auch lebendig ist ausserhalb der Bürozeiten der öffentlichen Verwaltung. Das möchte ich einfach auch noch gesagt haben.

Dann zum Thema Wirtschaftlichkeit. Da möchte ich auch sagen, es gibt diese Pseudogenauigkeit oder wie auch immer. Ich kann Ihnen nur sagen, für mich ist es symptomatisch, dass gerade Unternehmer hier diese Gewichtung etwas anders gemacht haben. Das geht auch mir so. Wenn ich immer nur investiert hätte, nachdem ich auf die hinterste und letzte Kommastrichle alle was ich ja weiss, dass ich gar nicht messen kann, gemessen hätte, dann glaube ich, wäre unsere Unternehmung schon

lange Konkurs gegangen. Ich frage Sie nämlich an, wie messen Sie z.B. oder wie bewerten Sie die Synergie der Arbeitsabläufe? Wie bewerten Sie den Mehrnutzen für die Kunden, für uns als Unternehmer, wenn ich irgendwohin will, können Sie die Stunden da aufschreiben und einen Satz eintragen? Wie bewerten Sie die Erneuerungskosten der alten Gebäude, die im Besitze des Kantons sind? Und wie bewerten Sie die Energiekosten? Wie bewerten Sie zu welchem Standard, dass allfällige solche Liegenschaften, die erneuert werden müssen, dann auch ausgebaut werden sollen? Wie bewerten Sie die zukünftigen steigenden Energiepreise, von denen die alten Liegenschaften ganz sicher wesentlich mehr betroffen sind als die andern? Also Fragen um Fragen, wo wir einfach sagen können, ich bin auch der Meinung, die Zahlen, die müssen richtiggestellt werden. Es geht hier um eine Volksabstimmung. Aber wir können eine solche Wirtschaftlichkeitsrechnung schlicht und einfach nicht in einer solchen wie von einzelnen geforderten Genauigkeit machen. Es ist dann nämlich nicht genauer, sondern es ist effektiv eine Scheingenauigkeit. Sonst würden wir vom Rechnen nicht mehr rauskommen. Ja das wäre es gewesen.

Kunz (Chur): Also ich bekenne mich nach wie vor zu den Befürwortern dieses Projekts. Strategisch ist es meines Erachtens richtig und ich habe das auch schon beim Strategiebericht so gesagt und das ist auch jetzt aus der Debatte der Neinsager nicht herausgekommen. Was ist denn die schlagkräftige Alternative? Bleiben wir bei 40 dispersen irgendwo angeordneten Räumlichkeiten oder wagen wir irgendwann einmal den Sprung zu etwas Neuem. Wir sind uns alle einig, in dieser Form kann es nicht weiter gehen. Das geht in Chur an 40 verschiedenen Standorten nicht weiter. Da bin ich ganz klar dieser Überzeugung und ich habe schon damals gesagt, ich sehe in der kantonalen Verwaltung nicht einen Wirtschaftsmotor für die Churer Bevölkerung. Nicht für die Churer Altstadt und auch nicht für die Stadt Chur. Wo ich aber in der Tat Bedenken habe, das ist dort, wo Grossrat Tscholl den Finger hingelegt hat und das ist bei den Zahlen. Grossrat Felix, wir werden uns mit dieser Vorlage einer Volksabstimmung stellen müssen. Ich meine, diese Zahlen gehören richtig gestellt und die müssen durch den Rat sein. Es gibt nichts schädlicheres, als dass wir Aussagen korrigieren, die in einer Botschaft waren. Sondern die sollen da durch und die sollen abgesegnet worden sein und es sollen Zahlen sein, die im Vergleich mit der Privatwirtschaft standhalten. Nicht dass wir uns irgendwann auf einem Podium wiederfinden, wo uns ein guter Immobilientreuhänder in einem kurzen Dreisatz sagt, dass auf diese Art und Weise in der Privatwirtschaft niemand rechnet. Das würde ich ausserordentlich bedauern, wenn wir deswegen eine Volksabstimmung verlieren. Und ich hätte gerne diese Zahlen noch einmal durch. Die Zahlen da kann man uns mit Fug und Recht darüber streiten, aber das System muss mit der Privatwirtschaft vergleichbar sein und dann steige ich gerne in eine Volksabstimmung. Aber so meine ich, haben wir grosse argumentative Probleme.

Berther (Camischolas): Ich bin auch für Eintreten, weil diese Vorlage insgesamt konzise, konsequent und überzeugend ist, auch wenn gewisse Fragezeichen und Abklärungsbedarf in Bezug auf die Wirtschaftlichkeitsrechnungen bestehen. Ich teile die Meinung meines Vorredners, dass im Hinblick auf die Volksabstimmung hier eine gründliche Klärung stattfinden soll und diese Zahlen vor kritischen Bemerkungen auch Gewähr haben müssen. Wichtig ist aber und das meine ich, dass wir hier nicht die Churerbrille, sondern die Kantonsbrille aufhaben müssen. Und zwar die Immobilienstrategie des Kantons beruht auf drei wesentlichen Schwerpunkten. Nämlich Konzentration auf neun regionale Zentren. Ein Zentrum davon ist die Stadt Chur und aufgrund der Grösse und der vielen Arbeitsplätze ist es klar, dass dort das Potenzial am grössten ist. Und ich meine aus dieser kantonalen Optik dürfen wir jetzt nicht schwach werden, während wir vor der grössten Herausforderung stehen, nämlich dem Standort Chur. Das entsprechend den vorgegebenen Grundsätzen auch in den anderen Zentren jetzt hier vor Chur Halt machen aus irgendwelchen Begründungen. Darum die kantonale Optik ist wichtig, die wir hier einnehmen müssen. Und ich erinnere die Grossräte von Chur immerhin daran und das müssen Sie zur Kenntnis nehmen, dass Sie hier im Grossen Rat nicht im Namen der Mehrheit der Churer Bevölkerung stimmen, weil die einer Ortsplanungsrevision zugestimmt haben, wonach Chur West angenommen wurde. Sie sprechen auch nicht im Namen des Stadtrates Chur, weil der Stadtrat Chur ganz klar hinter dieser Strategie steht. Also in wessen Namen sie sprechen sei dahingestellt. Auf alle Fälle kann dieses Kriterium nicht massgebend sein und nicht prioritär in dieser Diskussion besprochen werden. Es kann meines Erachtens auch nicht sein, dass hier im Grossen Rat über die Verkehrserschliessung der Innenstadt Chur gesprochen werden muss oder gar gelöst werden soll. Es kann auch nicht sein, dass wir hier über die Attraktivität der Altstadt von Chur sprechen. Das sind Sachen, die im Stadtparlament von Chur besprochen und behandelt werden müssen, aber nicht im Grossen Rat. Das sind lokale Interessen. Ich habe nichts dagegen. Im Gegenteil. Aber um das einfach klarzustellen, hier geht es vor allem um die kantonale Optik, die die Regierung dieser Strategie zugrunde gelegt hat.

Zweitens: Es ist auch klar, die Regierung hat in ihrer Strategie gesagt, man will hier eine Portfoliobereinigung vornehmen. Dazu gehört, dass zweckentfremdeter Wohnraum wieder der Wohnnutzung zugeführt werden soll. Dazu gehört, dass ungünstig liegende und aufwendig zu bewirtschaftende und zu teure Miet- beziehungsweise Eigentumsflächen aufzugeben sind. Damit verbunden haben wir gesehen, kann die Nutzungsfläche erheblich reduziert werden, damit geht auch eine erhebliche Reduktion der Betriebskosten einher. Und ich meine, dem kann man doch nichts entgegen halten. Trotz den vielen dynamischen oder statischen Wirtschaftlichkeitsberechnungen liegt es auf der Hand, dass 44 Standorte einfach teurer sind als ein paar wenige Standorte. Und schlussendlich der Dritte und auch ein sehr wichtiger Schwerpunkt ist, dass den zeitgemässen Bedürfnissen und Bedingungen in Bezug auf die Organisationsstrukturen, Arbeitsabläufen, Zusammenarbeitsformen

Rechnung zu tragen ist und mit 44 Standorten ist es heute schlichtweg nicht möglich. Das wird auch zugestanden. Es ist eigentlich unbestritten. Und ich meine, in der Gesamtbetrachtung dieser drei Schwerpunkte der Immobilienstrategie nämlich Konzentration auf neun Standorte, Portfoliobereinigung, Anpassung an veränderte zeitgemässe Bedürfnisse und Bedingungen liegt es auf der Hand, dass der Status Quo keine Alternative ist. Ich könnte auch böse sagen, der Kanton subventioniert jährlich die Innenstadt von Chur mit beinahe zwei Millionen Franken. Das kann doch nicht sein Herr Tscholl. Da streuen Sie Sand in die Augen. Darum bin ich für Eintreten.

Dudli: Ich bin für „sinergia“. Erstens: Durch die Synergien, das Zusammenführen verschiedener Verwaltungseinheiten an einen Ort, das bringt Effekte in den Abläufen, die eine Effizienzsteigerung ermöglichen. Das ist sehr positiv. Wir verlangen ja das Gleiche. Diese Effizienzsteigerung, die Erhöhung der Produktivität auch von den Regionen. In den Regionen haben wir hier immer zu dem Ja gesagt. Und es ist für mich ein bisschen erstaunlich, wenn Kommissionsmitglieder aus Chur einfach generell hier in Chur selber gegen dieses Zusammenfassen von Verwaltungseinheiten sind. Herr Marti hat von der Altstadt geredet. Ich stimme ihm heute da zu. Eine Altstadt lebt. Eine Altstadt lebt, wenn darin die Bürger Wohnen. Und moderne Stadtentwicklung hat im Ausland gezeigt, dass man mit dem Büro und mit den Betrieben gegen aussen gegangen ist und in der Altstadt in der Kernzone Wohnungen geschaffen hat. Dann beginnt eine Stadt wieder zu leben. Wenn eine Stadt lebt, dann verdient auch das Gewerbe wieder in der Stadt. Aber kaum, wenn 400 oder 600 Beamte wegziehen, die mehrheitlich noch von aussen kommen, da wird das Gewerbe in der Altstadt nicht gross profitieren. Wenn Sie dann noch sehen, wie man über Mittag isst, die sind auch alle meistens in Betrieben, dann isst man schnell ein Sandwich oder man geht in den Coop und Migros. Also grundsätzlich: Das Gewerbe in der Altstadt wird nicht so sehr profitieren ob jetzt die Beamtenmehrheit noch draussen sind in der Kaserne oder hier. Aber die Altstadt lebt, wenn wir aus der Altstadt etwas machen. Und das meine ich, diese Chance ist gegeben, wenn wir grundsätzlich hier diese Nutzflächen, die hier vorhanden sind, dem Wohnen zuführen.

Das andere möchte ich auch sagen. Jetzt kommt immer die Frage der Wirtschaftlichkeitsrechnung. Meine Frage ist: Was bringt uns das, wenn wir das Geschäft zur Überarbeitung der Kommission zurückgeben bezüglich der Wirtschaftlichkeitsberechnung? Ich bin der gleichen Meinung wie viele Redner. Die Wirtschaftlichkeitsrechnung, die hier vorliegt, ist schwer zu begründen respektive dem Volk zu erklären. Also hier muss sicher die Regierung oder das Departement nochmals über die Bücher, damit man das grundsätzlich besser nachvollziehen kann. Aber was bringt uns jetzt das, wenn wir das zurücksetzen in die Kommission. Dann diskutieren wir grundsätzlich über Annahmen. Ist der Bodenpreis der Richtige? Oder muss der höher sein als er jetzt eingesetzt ist? Dann sprechen wir über Zinsen. Sind das die richtigen Zinsen? Dann sprechen wir über Abschreibungen.

Abschreibungen von zehn Prozent, wie es die Gemeinden machen pro Jahr oder über Abschreibung, die hier im Buch stehen? Also wir streiten nachher über Annahmen. Dann kommen die Einnahmen. Dann streiten wir darüber hier wieder in der nächsten Session. Sind die Synergieeffekte mit diesen Beträgen richtig angesetzt oder nicht? Ich kann einfach eine halbe Millionen Franken mehr einsetzen, ohne dass man das widerlegen kann. Also hier streiten wir schlussendlich um Annahmen, die alle recht haben oder alle falsch haben. Dann kommt noch dazu, wenn wir dann die Preise festlegen, dann kommen wieder andere Leute dazu und sagen aus den frei werdenden Büroräumen müssen dann Billigwohnungen werden. Dann ist es wieder gegen das, dass wir grundsätzlich eine Wirtschaftlichkeitsrechnung machen, die den Bodenpreis vielleicht richtig einsetzt aber wir wollen hier andere Wohnungen machen. Also hier beissen wir uns schlussendlich selber wieder in den Hintern. Wir kommen so nicht weiter. Ich meine, stimmen Sie diesem Projekt zu. Sie sagen zu einer Etappe Ja, einer Etappe. Und die zweite Etappe kommt wieder vors Volk, weil es über zehn Millionen Franken sind. Da haben Sie alle Freiheiten. Also ist das ein demokratischer Prozess und die Regierung soll entgegennehmen, dass sie diese Wirtschaftlichkeitsrechnung in dem Sinne so darlegen muss, dass sie nachvollziehbarer wird, als was sie jetzt ist. Also geben Sie dem Geschäft diese Chance, nehmen Sie das an.

Niggli (Samedan): Ich glaube an das Projekt „sinergia“. Die Vorteile sind in der Botschaft auf Seite 625 ausführlich erklärt und auch untermauert. Die Steigerung der Effizienz nach Innen und nach Aussen ist kaum bestritten und ich verzichte auf weitere Erläuterungen. Ich komme nun aber auf die regionalen Verwaltungszentren zu sprechen. Damit meine ich die Verwaltungsgebäude in Ilanz, Roveredo, Scuol, Davos, Landquart, Poschiavo und am Ende eben auch in Samedan. Das wurde auch schon vorgängig von Grossrätin Darms erwähnt und diese Zentren sind eben wichtig. Mit all diesen Ortschaften ist man froh, dass diese Verwaltungszentren entstanden sind und eben auch noch entstehen werden. Dies ist wichtig für die Zukunft und soll und muss auch so bleiben. Zentrale Verwaltungszentren in den Regionen sind wichtig und richtig. Was für die Regionen gut ist, sollte auch für die Stadt Chur gut sein.

Nun zurück zum Projekt „sinergia“. Ich bin überzeugt, dass dieses Projekt zukunftsorientiert ist. Bei den Zahlen, das muss ich auch betonen sind noch einige Fragen offen, die muss man korrigieren und verbessern. Wenn wir nun die Botschaft aber zurückweisen, dann senden wir Signale der Unsicherheit, wir senden Signale des Misstrauens und wir setzen weitere Fragezeichen. Die Bevölkerung, die im Nachgang dann darüber abstimmen muss, wird verunsichert und ich glaube kaum, dass das Resultat dann gut rauskommt. Bringen wir also das Projekt „sinergia“ nicht frühzeitig aus dem Gleichgewicht. Deswegen sage ich Ja zum Eintreten und sage auch Ja zum Projekt „sinergia“.

Regierungsrat Cavigelli: Sie haben heute eine sehr breite Auslegepalette gemacht für ein Projekt, das dieser Rat,

allerdings vielleicht zum Teil ein bisschen in anderer Zusammensetzung, schon ziemlich gut kennt. Wir haben im Dezember 2009 das erste Mal über das Projekt „sinergia“ gesprochen. Damals hat die Regierung dem Rat drei alternative Vorschläge unterbreitet. Eins ein „sinergia“ gewissermassen in einem Klotz, dann ein modulhaftes Vorgehen bei der Zusammenführung der Arbeitsplätze in Chur, will heissen, dass man über mehrere Jahre dann jeweils einzelne Schritte der Zusammenführung realisiert hätte oder als dritter Aspekt hat man im Dezember 2009 diskutiert, nichts tun. Letztlich hat interessanterweise, ich habe die Protokolle durchgelesen, eine vergleichbare Diskussion mit vergleichbaren Rednern stattgefunden, sofern sie heute noch im Rat sind. Insbesondere die HRM2 Diskussion, sie ist äusserst intensiv und ich könnte sie ablesen, die Antwort von Regierungsrat Stefan Engler, die er darauf gegeben hat, ich mach das aber natürlich nicht und nehme dann selber dazu Stellung in eigenen Worten. Letztlich ist dabei aber ein ganz springender Punkt dann doch in der Sache, ein wertvoller Punkt auch aus der Diskussion resultiert, dass man gesagt hat, man möchte zwar grundsätzlich die gesamte Verwaltung oder einen ganz, ganz erheblichen Teil der Arbeitsplätze der Verwaltung in Chur zusammenführen beim Strassenverkehrsamt bei der Kantonspolizei, aber dies nach Möglichkeit etappiert. Man hat beschlossen, „sinergia“ Ja mit der Möglichkeit der Etappierung. Wir haben nun heute dieses Projekt „sinergia“ mit einer ersten Etappe Ihnen vorgelegt und wir möchten Ihnen dann später, falls das erste Projekt erfolgreich realisiert werden kann, die zweite Etappe zur Beratung vorlegen und schlussendlich dann auch dem Volkentscheid unterbreiten. Also so gesehen bekommen Sie hier und heute, liebe Grossrätinnen und Grossräte, das, was Sie damals im Dezember 2009 bestellt haben.

Was auch noch interessant ist, ist vielleicht alleine weil kurz die Einsparungen, die man damals zugrunde gelegt hat. Man hat damals, Grossrat Claus hat darauf hingewiesen, er hat die richtigen Zahlen genannt aber in den falschen Kontext gestellt. Damals hat man gesagt, man wolle 1,8 bis 2,2 Millionen Franken Einsparungen erzielen bei den Raumkosten. Hat damals natürlich aber das Projekt „sinergia“ als Ganzes mit den 670 Arbeitsplätzen gemeint. Heute sprechen wir auf der Basis der gleichen Berechnungsmethode von 1,2 respektive maximal 1,9 Millionen Franken. Allerdings nur für 400 Arbeitsplätze. Man müsste also für diese 1,2 respektive 1,9 Millionen Franken dann später in der Etappe zwei auch noch diesen Betrag für die Ersparnisse hinzurechnen, um dann das vergleichen zu können, mit den damaligen 1,8 bis 2,2 Millionen Franken. Was sich aber daraus ableiten lässt und das ist leicht erkennbar, die Basis ist in etwa vergleichbar und wir werden jetzt auch, wo man die besseren Datenmaterialien hat, um die erste Etappe zu prüfen, ungefähr auf Kurs kommen, leicht besser als Prognostiziert im Dezember 2009.

Ein zweiter Aspekt. Es ist darauf hingewiesen worden, gerade auch von einem der letzten Redner von Grossrat Niggli aber auch von anderen. Wenn wir heute von „sinergia“ sprechen, Standort Chur, dann sprechen wir eigentlich von der Immobilienstrategie des Kantons überhaupt. Wir sprechen davon, dass wir neu Regionale

Verwaltungszentren realisieren wollen. Teilweise sind sie schon in Betrieb. Und auch diese Projekte, die schon fertig realisiert sind, auch diese, die erst noch eröffnet werden, auch diese, die erst im Bau sind, auch bei diesen hat man natürlich Wirtschaftlichkeitsberechnungen angestellt. Natürlich nach der Methode, die wir auch hier angewendet haben für das Projekt „sinergia“ in Chur. Nur haben wir diese Projekte mit Unterschied zum Churer Projekt hier nicht diskutiert. Ich möchte darauf hinweisen welche schon in Betrieb sind. Das ist nämlich nicht gesagt worden und soll in Erinnerung gerufen werden. Es ist schon in Betrieb ein regionales Zentrum in Roveredo, in Ilanz und teilweise in Landquart. In Thusis wird am nächsten Montag eröffnet, in Scuol und in Davos werden wir 2013 eröffnen. In Planung sind Samedan und Poschiavo.

Was will ich damit sagen? Die Immobilienstrategie des Kantons für das eigene Immobilienportfolio ist in den Regionen viel weiter fortgeschritten als hier in der Stadt Chur. Wir haben hier in der Stadt Chur die grösste und sicher auch anspruchsvollste Arbeit. Aber auch diese Arbeit noch zu verrichten, die uns letztlich am meisten Vorteile bringt. Damit kann ich indirekt auch Fragen beantworten, die gestellt worden sind, von Vertretern aus den Regionen, ob nun das Projekt „sinergia“ in Chur eine Sogwirkung hätte von Arbeitsplätzen aus der Peripherie, aus den Regionen nach Chur. Das ist natürlich nicht der Fall. Ganz einleuchtend einmal schon in erster Linie deswegen nicht, weil wir die Regionalen Zentren, die Zentren in den Regionen, ja schon entweder gebaut haben, in Betrieb haben oder schon weiter in der Planung sind als hier in Chur. Und wir werden nicht etwas planen, bauen oder gerade in Betrieb genommen haben, das wir dann in wenigen Jahren später wieder stilllegen wollen, um die Arbeitsplätze, die Leute, die dort darin arbeiten, dann wieder nach Chur zu transferieren. Ich glaube, so viel Vertrauen dürfen Sie in die Vernunft und in die Denkfähigkeit der Regierung haben. Wir werden das also nicht tun.

Zum zweiten auch die Frage: Wie es ist mit diesen zehn Prozent Raumreserven? Die zehn Prozent Raumreserven sind deshalb eingerechnet, um letztlich auch flexibel auf Veränderungen im Personalbestand je Dienststelle reagieren zu können. Es kann ja nicht sein, dass wir heute eine Dienststelle so dotieren mit Arbeitsstellen, dass wir dann auf immer und ewig exakt die genau gleiche Arbeitsplatzzahl haben sollen für diese Dienststelle. Letztlich gibt es auch hier Bewegungen. Sie werden wissen, dass es Bewegungen gibt in der Arbeitsplatzzahl nicht immer nur nach oben, sondern auch nach unten. Man muss hier also auch flexibel sein und flexibel sein können. Das gehört zu einem guten Projekt. Und auch wiederholend präzisierend zur Botschaft. Denken Sie daran, 37 Prozent der Arbeitsplätze, 37 Prozent der Arbeitsplätze der kantonalen Verwaltung, sind in den übrigen acht Standorten lokalisiert. Es sind in Anführungszeichen nur 63 Prozent in Chur. Natürlich ist das viel, aber immerhin doch ein erheblicher Teil der kantonalen Verwaltungsarbeit findet ausserhalb von Chur statt und das soll auch so bleiben. Ich lasse mich gerne an dieser Aussage dann auch künftig messen.

Ein Aspekt Standort Chur, Projekt „sinergia“. Für mich ist klar, das Projekt „sinergia“ ist ein Sparprojekt. Wir müssen das nicht schönreden, nicht herumdiskutieren. Wir machen es deshalb, weil wir in erster Linie Geld einsparen wollen, und zwar Geld einsparen wollen in der laufenden Rechnung jährlich wiederkehrend. Am einfachsten kann man es der Logik halber so begreifen. Heute ist die Verwaltung an 44 Standorten platziert. Grossrat Kunz hat heute sehr dezidiert gesprochen. Letztes Mal im Dezember 2009 noch dezidierter. Er hat gesagt, dass wir im Prinzip eine Struktur haben heute mit 44 Standorten in Chur, die einfach wild einmal so zuge wachsen ist und im Prinzip, das ist ein Zitat von ihm von damals, dass wir heute ein Schlamassel haben, weil wir nicht geplant vorgegangen sind, respektive weil wir so vorgehen mussten, weil wir keine gesamtheitliche langfristige angelegte Vorstellung haben, wie es weiter gehen sollte. Allerdings ist auch dieser Ausspruch nicht ganz so richtig. Zum ersten Mal wollte man ein Verwaltungszentrum bauen schon anfangs der 90-er Jahre. Und es ist ein Vorstoss gewesen von dem heutigen Regierungsrat Martin Jäger 1991, der schon ein Verwaltungszentrum machen und bauen wollte, das dann breite Unterstützung bekommen hat. Leider, Sie wissen es, mir scheint jedenfalls so, hat das nicht gefruchtet gehabt. Jedenfalls sind es primär Raumkosten, die wir einsparen wollen. Wir wollen nicht an verschiedensten Orten in Wohnungen arbeiten müssen mit grossen breiten Gängen, in Wohnungen arbeiten müssen, wo eine Küche zur Verfügung steht, die man nicht braucht, in Wohnungen arbeiten müssen, wo man eine Badewanne, einen Duschrom, Waschtische und übriges zur Verfügung hat, das man für die Arbeit nicht braucht, und wir wollen auch nicht in alten Räumlichkeiten arbeiten, die viel zu gross sind. Einzelräume zur Verfügung stellen, viel zu grosse, zu breite Verkehrsflächen, Gänge zur Verfügung stellen, letztlich aber alles Fläche, die wir bezahlen. Wir bezahlen dem Eigentümer die Miete, die wir in Besitz nehmen, ob wir sie nun tatsächlich brauchen oder nicht brauchen. Und nun:

Was ist die Konsequenz aus diesem Status, den wir heute haben? Wir wollen die Flächen reduzieren. Wir wollen insgesamt über das Projekt „sinergia“ 6'000 Quadratmeter Fläche reduzieren, 6'000 Quadratmeter. In der ersten Etappe sind es 4'000 Quadratmeter, die wir weniger benutzen werden für diese 400 Arbeitsplätze. Jetzt können Sie sich vorstellen, dass dies schon rein von der Logik her Einsparung bringen muss. Sie können mir höchstens vorhalten, dass diese Überlegung nicht stimmt dann, wenn Sie beweisen könnten, dass wir goldene Türklinken einbauen würden oder sonstigen Stumpfsinn investieren würden für diese Büroräume auf diesen um 4'000 Quadratmeter verkleinerten Nutzflächen. Also es ist ein Sparprojekt und es ist auch klar, dass es Raumkosten einspart. Ich komme dann später noch auf die konkreten Vorhalte hinsichtlich der Wirtschaftlichkeitsrechnung zurück.

Nebst den Raumkosten, die wir einsparen wollen, hat es natürlich auch übrige Effekte, die sehr positiv sind. Und es ist richtig erkannt worden, es sind positive Effekte, die nicht quantifiziert sind. Die nicht in diesen 1,2 bis 1,9 Millionen Franken aufgezinst drin enthalten sind. Zum

Beispiel die Ablaufoptimierung. Sie müssen sich vorstellen, es ist geschildert worden, dass wir, um eine Sitzung abhalten zu können, departementsübergreifend oder vielleicht auch nur amtsübergreifend. Dann müssen die Leute miteinander telefonieren, smslen oder mailen. Jedenfalls, sie sehen sich zufällig nie. Das trifft im Übrigen auch auf mich zu. Mit meinen Dienststellenleitern muss ich mich speziell verabreden. Ich treffe nie einen zufällig, wo ich ihn vielleicht etwas Kleines, etwas Nebensächliches einfach so spontan fragen kann und auch eine rasche Antwort bekomme. Ich würde ihn deswegen nicht separat anrufen, ich möchte nicht deswegen mit ihm separat eine Sitzung vereinbaren und ihm einfach zehn Minuten Fussweg aufbrummen für den Hinweg, zehn, für den Rückweg, zehn Minuten für die Sitzung. Das würde ich ihm nicht zumuten. Wenn ich ihn aber auf dem Gang sähe, würde ich sagen, hast du kurz Zeit für einen Kaffee vielleicht auch stehend für einen Drink aus einem Automaten und ich würde die Information rasch bekommen. Das ist ein Beispiel für eine Ablaufoptimierung, die wir dann haben, wenn die Leute, die für uns arbeiten, für uns alle arbeiten, wie auch ich selber, wenn die zusammenrücken müssen. Letztlich ist es aber auch die Führung, die profitiert. Und auch dies ist nicht quantifiziert. Letztlich ist es natürlich auch der Kunde, der profitiert. Das ist mehrfach gesagt worden. Es sind vor allem die Gemeindevertreter, die die kantonale Verwaltung aufsuchen. Sie machen gewissermassen Spesen in Chur, wenn sie dann schon mal diese lange Reise auf Chur gemacht haben und wandern dann vom Amt für Raumentwicklung hin vielleicht zum Amt für Wirtschaft und Tourismus und haben dann vielleicht auch noch eine wasserrechtliche Frage und kommen dann noch beim Amt für Energie und Verkehr vorbei. Sie lassen die Aufgaben, die sie intern auf Gemeindeebene haben aufstauen und machen dann eben diese Einkäufe. Und wenn sie das an einem Ort machen können oder mindestens grossteils an einem Ort machen können, wie wir es vorhaben, dann hat das wirklich Vorteile. Dann hat das wirklich Kundennutzen. Erstens wissen Sie, wo das Büro ist. Sie müssen nicht schauen, welcher von diesen 44 Standorten ist es nun. Sie müssen nicht zuerst einmal einen Ablaufweg festlegen, um festzustellen, dass das Amt für Wald und Naturgefahren dort oben ist an der Loestrasse pikobello gelegen, das Amt für Energie und Verkehr in der Rohanstrasse und das Tiefbauamt irgendwo anders.

Letztlich gibt es natürlich auch Synergien. Und wenn ich von Synergien spreche, dann meine ich nur die baulichen Synergieeffekte. Von der Grundinfrastruktur habe ich gesprochen, dass man die ja dann aufteilen kann. Es genügt ein, zwei WC, ein zwei Toiletten und mehr brauchen wir nicht. Aber was eben auch noch dazu kommt, es braucht einen anderen Bürosplitt, einen anderen Raumsplitt. Wir haben heute die sehr komfortable Lage, dass sehr viele Mitarbeitende über Einerzimmer verfügen. Ich meine, das ist wunderbar. Ich habe im Übrigen, alle dürfen es einmal anschauen, auch ein wunderbares Büro. Ich meine, es müsste aber nicht so gross sein, um die Aufgabe zu erfüllen, die ich zu erfüllen habe. Und es ist durchaus in Teilen auch angemessen, gewisse Personen, zwei, drei Personen in einen Raum zusammenzu-

nehmen, um die Aufgabe gemeinsam zu erfüllen. Sie können sich vielleicht dann auch austauschen, wenn es die Arbeit gestattet, die Sie haben und kommen dann weiter. Und selbstverständlich ist es aber auch so, dass es Einerbüros weiterhin braucht und die sind auch eingepplant in der Testplanung. Sie werden auch im Baubeschrieb dann also ausgeschrieben sein. Es wird Einerbüros brauchen, nicht abhängig von der Lohnskala, sondern abhängig von der Aufgabe, die man zu erfüllen hat. Es kann sein, dass auch ein einfach besoldeter Mitarbeiter oder eine Mitarbeiterin ein Einerbüro haben muss, weil z.B. Kunden empfangen werden und es die Diskretion erfordert. Aber letztlich bauliche Synergien. Man kann auch dort Raumfläche sparen, indem man Zweier-, Dreierbüros macht.

Schliesslich: Ein wichtiger Aspekt ist auch der Standort Chur. Und insofern freut es mich auch, dass es doch einige Churer hat, die sich positiv über das Projekt geäussert haben. Das Projekt „sinergia“ wird von der Stadt Chur begrüsst. Und zwar in mehrfacher Hinsicht deutlich zum Ausdruck gebracht. Es ist nicht nur der Stadtrat, der in der kleinen Sitzungskammer im Rathaus zu dritt einmal gefunden hat, doch das ist ein tolles Projekt. Es ist auch die Stadtbevölkerung, die zweimal indirekt darüber befunden hat. Im Jahr 2006 hat es eine Zonenplanänderung gegeben und dabei hat man eine klarere Abgrenzung des städtischen Gebietes gemacht hinsichtlich Wohnbereichen und hinsichtlich gemischter Nutzung gewerblich und Wohnen gemischt. Und dabei sind all diejenigen Liegenschaften, die uns jetzt zur Verfügung stehen, die eigentlich richtigerweise Wohnnutzungen sind, die sind in die Wohnzone verlegt worden in der Erwartung, dass dann die Verwaltung diese Häuser früher oder später oder diese Gebiete verlässt, damit man dann dort eben mehr Leben hat, wie es gesagt worden ist, damit dort Familien einziehen, die dann auch am Abend nach 17.00 Uhr sich in diesem Quartier bewegen und die dann auch samstags und sonntags dort sind, vielleicht diese schönen Gärten auch benutzen, die diese Wohnbüroliegenschaften haben, und es ist sicher auch so, dass dann dort Leben mit Kindern möglich ist und jedenfalls auch gewollt ist. Die zweite Abstimmung, die stattgefunden hat in Chur, die Zonenplanrevision 2009. Mit überwältigenden 72 Prozent ist diese Zonenplanänderung gutgeheissen worden, wo es im Wesentlichen um doch, sagen wir mal, zwei recht anspruchsvolle Projekte gegangen ist, sie politisch verkaufen zu können. Zum einen wollte man die City der Firma Domenig ansiedeln und das Okay bekommen von Chur, und zum Zweiten wollte man die Zone für öffentliche Bauten und Anlagen, eben diejenige, die wir heute beanspruchen wollen für „sinergia“, die wollte man beim Churer Stimmvolk absegnen lassen. Die Churer haben im 2009 zu diesen zwei Aspekten, im Wesentlichen zu diesen zwei Aspekten, mit 72 Prozent Ja gesagt. Und sie haben gewusst, weil es in der Botschaft gestanden hat. Der Stadtrat hat gesagt, Chur West wird ein neues Stadtzentrum werden, ein zweites Stadtzentrum neben der Altstadt, weil die Altstadt für Bedürfnisse, die die Stadt Chur in der nächsten Zeit hat, nicht mehr ausreicht. Der Stadtrat hat gesagt, wir brauchen zwei Zentren. Wir sehen Chancen, wenn die Verwaltung ein bisschen Platz macht im Gebiet der

Altstadt im Wohnbereich fürs Wohnen und im Übrigen für andere gewerbliche Tätigkeiten. Und zu dieser Vorlage, zu diesem Ansinnen, zu dieser Transparenz in diesem Sinne hat das Stimmvolk von Chur Ja gesagt. Also Chur stimmt zu, nicht nur der Stadtrat. Und dann ist es auch noch ein wichtiger Aspekt für uns, doch nicht zuletzt auch vor dem Hintergrund der aktuellen Diskussion um die Energiewende. Wir bauen hier ein Vorzeigeprojekt. Wir möchten ein Minergie-P-Ökogeäude. Also ein Passivhaus mit Ökostandard bauen und erfüllen damit natürlich die Verantwortung, Vorbild zu sein als öffentliche Hand auch gegenüber den Privaten. Im Übrigen, wenn man nur die erste Etappe macht, werden wir CO₂-Einsparungen haben von 225 Tonnen oder einen Ausstoss von 80 Einfamilienhäusern ersetzen können.

Ein weiterer Aspekt, den ich noch ein bisschen ausdeutschen möchte. An den 44 Standorten würde wohl letztlich kein einziger Unternehmer, der hier im Saal sitzt seine Unternehmung platzieren. Ich bin darauf eingegangen mit dem Beispiel der Familien. Ich möchte aber noch ein bisschen konkreter werden, damit Sie die Malaise etwas besser begreifen. Es gibt Dienststellen und zwar mehrere, die arbeiten heute alleine am Platz Chur an drei verschiedenen Orten. An drei verschiedenen Orten arbeiten nur beispielsweise das Sozialamt, das KIGA, das Amt für Höhere Bildung und dann einfach, auch damit Sie die Vorstellung haben, nicht hunderte von Mitarbeitern, die da verstreut sind auf drei Plätze, sondern beim Amt für Bildung beispielsweise 45, beim Amt für Volksschule und Sport beispielsweise 31, die an drei verschiedenen Orten arbeiten. Stellen Sie sich das einmal vor. Amt für Polizei und Zivilwesen auch an drei Standorten. Dann habe ich Ihnen auch gesagt, was sehr unpässlich ist, dass man in Wohnungen arbeitet. Nicht nur in zu grossen Wohnungen, auch in solchen mit miserablem Split, wie z.B. das Gesundheitsamt, wo die Mitarbeitenden wirklich in kleinen Zimmern hin- und herdüsen im selben Block allerdings auf verschiedenen Etagen. Dann gibt es natürlich auch sanierungsbedürftige Liegenschaften, und zwar Liegenschaften, die der Eigentümer der Dritteigentümer auch gerne anders nutzen möchte. Beispielsweise die Neumühle. Das ist ein Gebäude unterhalb des Bahnhofs, wo verschiedene Dienststellen eingemietet sind. Diese Liegenschaften sollten einem besseren Nutzen zugeführt werden aus der Sicht des Eigentümers, weil er danach eine höhere Rendite hat. Sollte es passieren, dass wir hier rausmüssen, dann müssen wir punktbezogen irgendwelche Flickwerkklösungen machen, die uns längerfristig nicht weiter bringen. Damit habe ich eigentlich auch schon etwas Wichtiges gesagt: Wenn wir nichts machen, dann machen wir wirklich etwas Schlechtes. Weil dann setzen wir das Fundament, nicht nur dass wir Sanierungen machen müssen, sondern dann setzen wir das Fundament, dass es auch so weitergeht, ganz im Sinne von Grossrat Kunz vom Dezember 2009, dann gibt es eine Schlamasselstrategie, die fortgesetzt wird.

Ich möchte nun auf die einzelnen Voten eingehen. Das wird ein bisschen schwierig sein. Und niemandem möchte ich zu nahe treten, wenn ich vielleicht das eine oder andere Argument nicht benenne. Ich bin aber dann gerne bereit das dann auch nachzuholen, wenn man mir dann

das vorhält. Ich beginne mit Grossrat Tscholl: Die Innenstadt würde entleert, man würde das auch nicht verstehen, als jemand der in einem Dorf wohne, wenn die Büroräume aus dem Dorf verlegt werden, hat er gesagt. Wir sprechen hier von einer Distanz von 1,3 Kilometern ab dem Postplatz. Jetzt möchte ich Sie gerne fragen, die Sie in einer Gemeinde wohnen, vielleicht nicht gerade in Chur, sondern irgendwie in der Peripherie, wie weit und was Sie alles für Dienstleistungen bekommen in einem Perimeter, in einem Gebiet, Radius 1,3 Kilometer. Viele werden nicht sehr viel bekommen. Es ist irgendwie überheblich, solche Überlegungen überhaupt anzustellen und zu meinen, man werde aus der Stadt, aus dem Dorf, irgendwie in die Berge, würde man fast meinen, in das Hinterland verlegt, wenn man 1,3 Kilometer verlegt wird und das natürlich auch noch auf der Strecke zwischen Postplatz und Kaserne. Also seien Sie hier einfach ein bisschen fairer in der Wortwahl und denken Sie daran, dass es andere Leute auch hier im Saal gibt, die anders betroffen sind von den Möglichkeiten, Zentrumsfunktionen abzurufen.

Es ist erklärt worden, die Landfläche von 17'800 Quadratmeter seien mit 280 Franken pro Quadratmeter zu tief eingesetzt. Es ist unter anderem auch, und jetzt gehe ich ein bisschen auf diese Wirtschaftlichkeitsrechnung ein, es ist auf der anderen Seite gesagt, auch diese berühmte Seite 632 enthalte irriige Zahlen, falsche Zahlen, die nicht leicht verständlich seien. Es ist gesagt worden, die Arbeit der Vorberatungskommission sei nicht gemacht worden. Ich kann das nicht schönreden, indem sie die Wirtschaftlichkeit nicht überprüft habe, weil sie nichts zur Verfügung gehabt habe, um die Wirtschaftlichkeit letztlich zu ermitteln oder zu überprüfen. Ich möchte festhalten: Es steht in der Botschaft drin. Es gibt zwei verschiedene Varianten, wie man die Wirtschaftlichkeit ermitteln kann, und es ist diejenige Variante gewählt worden, die sachlich vertretbar ist und die letztlich auch Grossrat Kunz angesprochen hat und andere. Es ist eine Wirtschaftlichkeitsberechnung gemacht worden, wie sie ein privates Unternehmen auch machen wird. Wir haben uns festgelegt auf die Überprüfung nach SIA 480. Es ist auch auf diesem Beilagenpapier ausgeführt vom Leiter der Finanzverwaltung aus dem Departement von Regierungspräsident Schmid, dass diese Methode nach SIA 480 die üblichste Methode sei für Verwaltungen, aber auch für Unternehmen, um die Wirtschaftlichkeit zu ermitteln. Und wenn ich das sage, dann sage ich nicht nur, dass wir hier einfach eine Methode angewendet haben sollen und keine Dokumente zur Verfügung gestellt haben. Die lieben Mitglieder der Kommission haben diesen Ordner bekommen und darin sind im Kapitel sieben sämtliche Grundlagen, Kapitel sieben, über die Berechnung der SIA 480 enthalten. Es steht jedermann frei, in diesem Rat, diesen Abschnitt Kapitel sieben auch zu bekommen, und jedermann darf feststellen, wie man auf 1,2 Millionen Franken Ersparnis gekommen ist, aufgezinnt auf 1,9 Millionen Franken. Es steht jedem frei, festzustellen, dass man darin auf eine Rendite gekommen ist von 5,05 Prozent für dieses Projekt „sinergia“ mit diesen Annahmen, wie sie gemacht worden sind. Ich möchte mich also auch für die Mitglieder der Kommission verwehren vor dem Vorwurf, dass sie sich

da nicht sorgsam mit der Sache auseinandergesetzt haben.

Und weil eben diese Diskussion HRM2 ja immer wieder geführt wird, schon im Dezember 2009, so musste sie natürlich auch in der Vorberatungskommission ausdiskutiert werden. Schon damals im Dezember 2009 hat Stefan Engler, mein Vorgänger, gesagt, wenn wir vom HRM2 sprechen, dann sprechen wir von einer Rechnungslegung, die wir noch gar nicht rechtsgültig in Kraft gesetzt haben, respektive noch gar nicht gilt. Das gleiche Argument ist eigentlich auch heute noch relevant. HRM2 gilt auch unter dem Zeitpunkt heute, wenn wir da diskutieren, wo auch das Volk dann im März 2012 abstimmen wird, HRM2 wird dann nicht gelten. Wir haben aber gesagt, liebe Freunde des HRM2, wenn ihr das wollt, dann geben wir den Auftrag der Finanzverwaltung, uns die Aufgabe zu machen, nach HRM2 das zu errechnen. Und deshalb haben Sie ja auch dieses Blatt bekommen. Sie alle haben heute auf dem Pult dieses Blatt gehabt auf der Seite sechs, „sinergia“ Wirtschaftlichkeit unter HRM2. Auskunft von Andreas Seifert, Leiter Finanzverwaltung. Wie erwähnt eine Person aus dem Departement Finanzen und Gemeinden, weil wir gemeint haben, dass diese auch geeignet ist, zu überprüfen, wie man in diesem Punkt vorzugehen hat. Diese Person hat uns dann nicht etwas geliefert, wie ich es gemeint habe, es käme, nämlich eine neue Berechnung nach eben HRM2, sondern er hat uns gesagt hier drauf auf diesem Papier, HRM2 sei die falsche Methode, um die Wirtschaftlichkeit zu berechnen. Er hat gesagt, wir müssen die Wirtschaftlichkeit nach SIA 480 berechnen, als dynamische Wirtschaftlichkeitsberechnung. HRM2 würde nur eine statische Berechnung erlauben und das sei vorliegend nicht richtig, würde auch von den Unternehmen in der Privatwirtschaft nicht so gemacht. Und der letzte Satz ist dann eben der: „Auch mit der Einführung von HRM2 im Jahr 2013 müsste die vorliegende Wirtschaftlichkeitsrechnung nach SIA 480 nicht angepasst werden“. Dies nachdem er sagt, dass SIA 480 die richtige Methode ist, um die Wirtschaftlichkeit zu prüfen. Nun kann man ein bisschen in das Detail gehen zu dieser Seite 632. Letztlich müssen Sie alle unterscheiden und ich bitte Sie auch hier, einfach nicht den Nebelpetarden, die hier verlegt werden, zu verfallen. In den Nebelpetarden verliert man die Sicht, das ist zwar richtig. Aber man muss dann wissen, wie man sich verhält. Man kann dann trotzdem irgendwie herausfinden. Wichtig und entscheidend ist, dass man einerseits einmal sich zu Grunde legt eine Anlagebuchhaltung, eine Bilanzoptik einnimmt. Das ist das eine.

Und das andere ist die Wirtschaftlichkeitsrechnung, gewissermassen die Geldflüsse, die mit dem Projekt verbunden sind. Es ist beschrieben worden in der Botschaft Seite 632, dass man in der Finanzbuchhaltung, also in der Bilanz, in der Anlagebuchhaltung, von einer Abschreibung ausgeht von 2,5 Prozent, was 40 Jahre ausmacht. Dass man also die Liegenschaft, die man auf diesem Grundstück baut, diese 64 Millionen Franken, die man dort investiert, den Boden von fünf Millionen Franken darf man nicht einkalkulieren, dass man den in 40 Jahren linear abgeschrieben haben möchte. Linear in der Anlagenbuchhaltung bedeutet, wenn man es bildlich

nimmt, einen diagonalen Strich 45 Grad fallend. Und wenn dann auf der Seite 632 steht, dass man diese 64 Millionen Franken zu verzinsen habe, dann nimmt man eben die Hälfte von diesen 64 Millionen Franken, nämlich 32 Millionen Franken und verzinst diese. Nach den Vorgaben gemäss heutigem Recht und Gesetz, das für uns gilt, nicht HRM2, sondern das für uns gilt und von der Finanzverwaltung vorgegeben ist, müssen wir das verzinsen mit drei Prozent. Und Sie werden schnell errechnet haben, wenn Sie gut im Rechnen sind, wenn Sie besser im Rechnen sind als ich, dass das rund eine Million Franken gibt und das ist diese Million auf der Seite 632. Dann ist die Nebelpetarde geworfen, ja wie geht es dann, wenn wir auf null abschreiben und dann sollten wir danach immer noch 75 Prozent Restwert haben. Das geht darum, weil diese Optik „75 Prozent Restwert“ unter einem anderen Betrachtungswinkel steht. Bei der Wirtschaftlichkeitsrechnung gehen wir, etwas einfach gesagt, davon aus, dass wir zwar einen Wertverlust über die Zeit erleiden von 100 Prozent, dass wir aber während der gesamten Nutzungsdauer auch immer wieder Instandsetzungen und Unterhaltsarbeiten und Investitionen machen und dass es uns damit gelingt, letztlich nach der technischen Lebensdauer von 40 Jahren eben nur einen Wertverlust in der Wirtschaftlichkeitsrechnung, in der Geldflussrechnung, von 25 Prozent zu haben, um am Schluss dann eben, anders formuliert, noch 75 Prozent Restwert zu haben. Sie alle wissen, dass das so funktioniert. Sie rechnen ja letztlich auch nicht damit, wenn Sie eine Abschreibungsdauer haben von zehn Jahren bei den Pinselstrichen in Ihrer Mietwohnung, dass Sie nachher eine Wohnung haben im elften Jahr, die nicht mehr bemalt ist. Sie ist auch immer noch bemalt. Sie hat einfach weniger Wert. Und hier, wenn man regelmässig Unterhalt leistet nach unseren Überlegungen, nach unserer Intensität der Unterhaltsarbeiten für Büroräumlichkeiten, ist eben ein Restwert in der Wirtschaftlichkeitsrechnung von 75 Prozent angenommen.

Ja, es ist ein bisschen schwierig, jetzt da noch etwas zu sagen, das ganz konkret da vorgehalten ist und der Wert ist, so weiter ausgeführt zu werden.

Nein, ich möchte noch etwas zu den Verkehrsströmen sagen. Die Verkehrsströme sind ja indirekt auch kritisiert worden. Weil das Projekt „sinergia“ hier zu unmutbaren Zuständen führen würde, vor allem in der Strecke Sommerau bis zum Kreisler Ringstrasse–Kasernenstrasse, dort bei der Kantonspolizei, Strassenverkehrsamt. Sie müssen wissen: Es hat 25'000 durchschnittlicher Tagesverkehr auf der Strecke Sommerau bis zur Kantonspolizei. 25'000 Fahrzeuge werden dort also täglich hin- und herfahren. Und Sie haben es auch auf diesem Beilagenpapier, das Projekt „sinergia“ erste Etappe wird maximal, vorausgesetzt es kommt niemand mit dem öffentlichen Verkehr, der nicht in Chur wohnt, niemand kommt mit dem öffentlichen Verkehr, diese Voraussetzung genommen, gäbe es 200 Bewegungen pro Tag dazu zu diesen 25'000. Da soll mir einmal jemand sagen, dass das nicht verträglich ist. Jemand hat das sehr geschickt gesagt. Die Stadt Chur hat in diesem Punkt das Problem vielleicht noch nicht ganz gelöst. Aber „sinergia“ verschlechtert es nicht.

Noch etwas zum Wohnungsmarkt. Es wird hin und wieder auch erklärt, der Wohnungsmarkt, der würde da arg leiden und Turbulenzen erleiden, die nicht zumutbar seien, wenn der Kanton ausziehe und diese Wohnungen dann auf den Markt bringe. Da müssen Sie wissen, dass die Stadt Chur im Jahresdurchschnitt 180 neue Wohnungen baut. 180 neue Wohnungen werden im längerfristigen Durchschnitt in Chur gebaut. Im Jahr 2009 waren es sogar 358 Wohnungen, die neu gebaut worden sind auf dem Stadtgebiet. Wenn wir „sinergia“ erste Etappe realisieren, kommen zehn zusätzliche Wohnungen auf den Markt. Damit bitte ich Sie, das Projekt heute zu behandeln und letztlich natürlich dem Projekt auch seine Zustimmung zu geben.

Tscholl: Ich danke Regierungsrat Cavigelli, dass er so stur und nicht einsichtig ist betreffend Wirtschaftlichkeitsberechnung. Das wird in der Abstimmung nur unser Vorteil sein.

Regierungsrat Cavigelli: Ich habe noch eine Bemerkung vergessen, die doch sehr wichtig ist. Zwei, drei Personen haben darauf hingewiesen, unter anderem Grossrat Tscholl, unter anderem Grossrat Rathgeb: Graues Haus. Natürlich ist es nicht so, dass das Graue Haus nur zu repräsentativen Zwecken danach verwendet wird. Ich habe jetzt die Stelle in der Botschaft nicht nachgeschaut, wie das dort formuliert ist. Vorgesehen ist, dass im Grauen Haus das Amt für Kultur aus dem EKUD Unterschlupf finden wird, nebst den Räumlichkeiten, die der Regierung dann in Teilen für repräsentative Zwecke zur Verfügung stehen, nebst den Räumlichkeiten, die dann auch dem Grossen Rat für repräsentative Zwecke zur Verfügung stehen. Und auch im Grauen Haus untergebracht sein werden nebst dem Amt für Kultur das Ratssekretariat des Grossen Rates, so dass also verhältnismässig wenige Räume im Grauen Haus für repräsentative Zwecke zur Verfügung stehen. Es geht im Wesentlichen um diese beiden, die man heute schon dafür benutzt. Weshalb das Amt für Kultur in diesem schönen historischen Gebäude, man mag es ihm vergönnen, aber es gibt gute Gründe. Es gehört zum EKUD, steht in einer sachlichen Nähe zu den Museen, die alle ja in der Stadt Chur verbleiben werden mit den Arbeitsplätzen. Deshalb soll es hier in der Nähe der Altstadt sein. Auch die Kantonsbibliothek, das Kantonsarchiv gehören dazu, so dass es Sinn macht, das Amt für Kultur zu beglücken mit diesem Sitz.

Standespräsident Bleiker: Weitere Wortmeldungen zum Eintreten? Das scheint nicht der Fall. Eintreten ist nicht bestritten und somit beschlossen. Wir kommen zur Detailberatung. Herr Kommissionspräsident

Eintreten ist nicht bestritten und somit beschlossen.

Detailberatung

Casty; Kommissionspräsident: Nur zur Klarstellung möchte ich zu Beginn noch eine Bemerkung machen in eigener Sache. Ich bin auch Churer und bin in der Alt-

stadt aufgewachsen, in einer potenzarmen Gegend, die inzwischen zu einem potenziellen Gebiet geworden ist, nämlich im Welschdörfli. Regierungsrat Cavigelli hat die wichtigsten Argumente und Fragen, die aufgetaucht sind so klar und plausibel erklären können, dass ich der Meinung bin, dass wir heute auch im Sinne einer effizienten Ratsführung und auch im Sinne des Vorstosses, den wir noch zu behandeln haben von Grossrätin Stiffler, dass wir jetzt durchziehen und ich glaube, die Meinungen sind gemacht, auch wenn wir noch X Fragen haben bezüglich den Berechnungsarten, dass wir viele Unterlagen vorhanden haben, so dass die Entscheidungsgrundlagen, die nötig sind für die Abstimmung heute, vorhanden sind. So können wir eigentlich einsteigen in die Detailberatung und Rekapitulationspunkt zwei dann zur Abstimmung bringen.

Nick: Ich teile die Ansicht von meinem Vorsprecher nicht. Im Namen der FDP-Fraktion stelle ich den Ordnungsantrag respektive präziser ausgedrückt einen Antrag zum Verfahren, nämlich das Geschäft an die Kommission zurückzuweisen. Und ich begründe diesen Antrag wie folgt: Die FDP-Fraktion hat sich eingehend und lange mit dieser Thematik auseinandergesetzt an zwei Fraktionssitzungen. Und die Stimmung in der Fraktion, die gebe ich Ihnen auch klar bekannt, die war mehrheitlich positiv zum Projekt als Ganzes und in seiner strategischen Ausrichtung. Aber mit einem Vorbehalt, nämlich, dass, diesen haben wir übrigens auch kommuniziert, nämlich dass die Wirtschaftlichkeitsberechnungen transparenter, dass die betriebswirtschaftlichen Überlegungen klar dargelegt und nachvollziehbar kommuniziert werden. Diese Wirtschaftlichkeitsberechnungen wurden auch in Aussicht gestellt, sie werden nämlich in der Botschaft und auch in den nachgelieferten Unterlagen explizit erwähnt. Aber leider wurden die Berechnungen nicht in genügendem Masse nachgeliefert, ich teile nicht die Ansicht, dass da jetzt Klarheit herrscht über diese Zahlen. Wir haben drei Viertel der Zeit damit verbracht, über diese Wirtschaftlichkeit und die betriebswirtschaftlichen Auswirkungen dieses Projektes zu sprechen und es herrscht nach wie vor nicht Klarheit. Und ich sage es auch in aller Offenheit: Die Kommission hat in diesem Punkt nur suboptimal gearbeitet und da müssen wir nachbessern. Ich teile die Ansicht von Regierungsrat Cavigelli, es muss zwischen den Wirtschaftlichkeitsberechnungen und HRM2 unterschieden werden, das hat nichts miteinander zu tun, da haben Sie Recht. Wir werfen auch keine Nebelpetarden, aber wieso zeigen Sie denn uns nicht auf, wie Sie das berechnet haben, eins zu eins? Dann könnte man das nachvollziehen. Das ist nicht gelungen, das ist nicht gelungen.

Es wurde auch argumentiert, es sei ohnehin nicht möglich, die Wirtschaftlichkeit über einen längeren Zeitraum und bei einem so grossen Projekt genau vorauszusagen. Ja, meine Damen und Herren, selbstverständlich ist das nicht frankengenau möglich, aber es muss klar und nachvollziehbar sein, wie, mit welchen Methoden, mit welchen Instrumenten, mit welcher Systematik Sie diese Berechnungen gemacht haben. Und das fehlt. Und was noch besonders fehlt, das ist ein Punkt, der, glaube ich, heute Nachmittag noch nicht erwähnt wurde. Es fehlt

eine Gewinnwert-Kostenanalyse. Man stellt die Werte den möglichen positiven Einnahmen gegenüber, eine betriebswirtschaftliche Überlegung. Die finde ich nicht in diesen Unterlagen.

Natürlich, da haben Sie Recht, Ratskollege Felix, wenn Sie sagen, die Gegner dieses Projektes werden ohnehin auch einen Zahlensalat versuchen anzurichten in der Abstimmung. Das glaube ich Ihnen schon. Aber den Befürwortern und dem Volk, das dieses Projekt ja dann beurteilen muss, müssen wir klare, nachvollziehbare Unterlagen unterbreiten und das ist bis jetzt mit diesen Unterlagen nicht der Fall. Wenn wir jetzt das Projekt einer vertieften Prüfung respektiv einer Klärung unterziehen, wenn wir dieses Projekt nicht ausdeutschen und nicht klare Zahlen vorlegen, so sehe ich grosse Probleme, eine Volksmehrheit zu erlangen. Alle, die dieses Projekt befürworten, die müssen doch ein vitales Interesse daran haben, klare transparente nachvollziehbare Zahlen vorzulegen. Das haben wir nicht. Wir verlieren doch nichts, wenn die Kommission mehr Klarheit, Sicherheit uns präsentiert und wir das da festlegen. Kollege Dudli hat gefragt, was bringt das, wenn wir Wirtschaftlichkeitsberechnungen haben. Das bringt uns doch nicht weiter. Ich habe die Antwort: Wir haben Klarheit über die Systematik, über die Berechnungsgrundlagen und über die Methoden. Das ist das eine. Und wir haben dann auch Klarheit über die Parameter. Selbstverständlich wollen wir wissen, mit welchem Zinssatz, mit welchem Bodenpreis und welcher Amortisation gerechnet wurde. Und wenn diese Parameter da sind, wenn wir diese besprochen haben, diese klar sind und alle dahinter stehen können, haben wir doch eine grosse Chance, vor dem Volk zu bestehen. Aber wenn wir diese nicht haben, dann frage ich Sie, wohin kommen wir dann? Es geht also um die Vergleichbarkeit von Investitionen. Jedes privatwirtschaftliche Unternehmen würde das tun, jedes. Und wir tun es nicht, wenn wir es nicht zurückweisen und wenn wir es nochmals genauer anschauen. Kollege Geisseler hat gefragt, ist es nicht Aufgabe dieses Grossen Rates, haushälterisch umzugehen mit den Mitteln? Ja, ja und nochmals ja, selbstverständlich. Also deshalb müssen wir doch Klarheit haben, wie genau und wie wirtschaftlich das das ist. Wenn es uns nicht gelingt, diese glaubwürdig darzustellen, so werden wir vor dem Volk nicht bestehen können. Stellen Sie sich vor, Sie sind auf einem Podium mit Bruno Tscholl, das geht ja nicht zwei Minuten und er hat so ein Durcheinander angerichtet, dass Sie dieses Projekt nicht durchbringen. Deshalb stelle ich im Namen der FDP-Fraktion den Antrag auf Rückweisung, im Sinne zur Überarbeitung und zur Erwägung. Nur wenn wir Klarheit schaffen, meine Damen und Herren, werden wir dieses Projekt durchbringen. Es ist auch richtig und wichtig, dass wir die Eintretensdebatte geführt haben. Deshalb stelle ich den Antrag jetzt. Es ist wichtig zu wissen, weshalb man diesen zurückweist. Nicht weil man dafür oder dagegen ist, sondern weil da mehr Transparenz herrschen soll. Und auch deshalb, dass die Kommission aufnehmen kann, wo der Schuh drückt und was gemacht werden sollte. In diesem Sinn danke ich für Ihre Unterstützung im Sinne des „sinergia“, unterstützen Sie diesen Rückweisungsantrag.

Antrag Nick

Rückweisung der Vorlage an die Vorberatungskommission zur Ergänzung und Vornahme weiterer Abklärungen.

Standespräsident Bleiker: Besten Dank. Sie haben den Antrag der FDP-Fraktion gehört. Dieses Verfahren ist im Handbuch über die Verhandlungen im Grossen Rat auf Seite 4 geregelt, es liegen zu der Sache mehrere Anträge vor und über diesen Antrag, Zurückweisung an die Kommission muss zuerst abgestimmt werden. Herr Regierungsrat, möchten Sie dazu Stellung nehmen?

Regierungsrat Cavigelli: Ich verzichte, danke.

Standespräsident Bleiker: Weitere dringende Wortmeldungen? Ja, Grossrat Kappeler.

Kappeler: Für mich ist das Ganze jetzt etwas verwirrend. Regierungsrat Mario Cavigelli hat erläutert, dass in den Unterlagen an die Kommission im Kapitel 7 die Wirtschaftlichkeitsrechnung detailliert vorgelegen hat. Ich habe jetzt gehört, dass das nicht der Fall war. Also für mich wäre das schon noch wichtig, zu wissen wirklich von der Kommission, ob diese Wirtschaftlichkeitsrechnungen vorgelegen haben und somit auch beurteilt werden konnten von der Kommission.

Casty; Kommissionspräsident: Die Berechnungen sind unter sieben im Ordner aufgeführt und wir konnten das studieren. Natürlich sind es auch Zahlen, Annahmen, die wieder dazu natürlich von der Interpretation her sehr differenzierte Meinungsäusserungen natürlich zu Tage gebracht haben und entsprechend ist auch Grossrat Tscholl hinterfragt diese Wirtschaftlichkeitsberechnungen in einer Art, dass er die anzweifelt, er ist Fachmann im buchhalterischen Bereich. Ich bin der Meinung, dass das nicht matchentscheidend ist, sondern dass wir entscheiden müssen heute, wollen wir noch 40 Jahre in den bestehenden Räumlichkeiten weiter unsere Verwaltung leiten. In diesem Sinne, bitte ich Sie, den Antrag abzulehnen und heute zu entscheiden, stehen wir hinter „sinerzia“ und gehen wir in den Kampf und auch vor das Volk mit dieser ganzen Botschaft und das Volk soll dann entscheiden. Für Chur ist es wirklich eine riesen Chance, dass wir eine Entwicklung einleiten können, die sich positiv auch wirtschaftlich auswirken wird. Ich bitte Sie, den Antrag der FDP-Fraktion abzulehnen.

Nick: Herr Standespräsident, ich habe einen Ordnungsantrag gestellt, nach Geschäftsordnung muss über diesen jetzt abgestimmt werden.

Standespräsident Bleiker: Ich nehme diese Belehrung so zur Kenntnis. Wir stimmen ab. Sie haben den Antrag von Grossrat Nick gehört, er möchte dieses Geschäft zur weiteren Beratung an die Kommission zurückweisen. Wenn Sie dem zustimmen wollen, mögen Sie sich bitte erheben. Wer das Geschäft nicht zurückweisen möchte, möge sich erheben. Sie haben den Rückweisungsantrag mit 38 zu 67 Stimmen abgelehnt.

Abstimmung

Der Grosse Rat lehnt den Antrag zum Verfahren Nick mit 67 zu 38 Stimmen ab.

Standespräsident Bleiker: Wir unterbrechen hier die Verhandlungen und fahren morgen früh um 8.15 Uhr weiter. Darf ich Sie noch drei Minuten um Aufmerksamkeit bitten? Es ist eingegangen ein Fraktionsauftrag der SP betreffend Prüfung eines flächendeckenden Einheimischentarifs in Graubünden. Im Weiteren möchte ich Sie wegen der Waldveranstaltung morgen Abend darauf hinweisen, dass ich gedenke, zwischen Schluss der Session und der Abfahrt des Busses eine Pause von 20 Minuten einzuschalten. Es ist so, dass Sie vielleicht das Schuhwerk wechseln müssen, es ist jedoch nicht so, dass wir durch Gebüsch robben oder so, dass Sie sich entsprechend ankleiden müssten. Im Weiteren möchte ich darauf hinweisen, dass für Mittwochabend am Sportplatz Ringstrasse ein Fussballmatch stattfindet zwischen dem FC Grossrat und den Pastors United. Besten Dank. Ich schliesse die Session bis morgen früh um 08.15 Uhr.

Schluss der Sitzung: 18.00 Uhr

Es sind folgende Vorstösse eingegangen:

- Dringliche Anfrage Peyer betreffend Einführung eines flächendeckenden Einheimischentarifs für Bergbahnen im Kanton Graubünden
- Fraktionsauftrag SP betreffend Prüfung eines flächendeckenden Einheimischentarifs in Graubünden

Für die Genehmigung des Protokolls

durch die Redaktionskommission:

Der Standespräsident: Ueli Bleiker

Der Protokollführer: Domenic Gross